

AnwaltsPraxis

Peter Mock

Die Praxis der Forderungsvollstreckung



DeutscherAnwaltVerlag

Mock

Die Praxis der Forderungsvollstreckung

AnwaltsPraxis

Die Praxis der Forderungsvollstreckung

Von
Dipl.-Rechtspfleger
Peter Mock, Koblenz



Deutscher**Anwalt**Verlag

Zitiervorschlag:

Mock, Die Praxis der Forderungsvollstreckung, § 1 Rn 1

Hinweis

Die Ausführungen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt und nach bestem Wissen erstellt. Sie stellen jedoch lediglich Arbeitshilfen und Anregungen für die Lösung typischer Fallgestaltungen dar. Die Eigenverantwortung für die Formulierung von Verträgen, Verfügungen und Schriftsätzen trägt der Benutzer. Herausgeber, Autoren und Verlag übernehmen keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Buch enthaltenen Ausführungen.

Anregungen und Kritik zu diesem Werk senden Sie bitte an
kontakt@anwaltverlag.de

Autoren und Verlag freuen sich auf Ihre Rückmeldung.

Copyright 2019 by Deutscher Anwaltverlag, Bonn

Satz: Reemers Publishing Services, Krefeld

Druck: Hans Soldan GmbH, Essen

Umschlaggestaltung: gentura, Holger Neumann, Bochum

ISBN 978-3-8240-1405-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Die Forderungsvollstreckung ist eines der am meisten genutzten Vollstreckungsinstrumente. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Aber jedenfalls ist diese Art der Zwangsvollstreckung aus Gläubigersicht oftmals erfolgversprechender und effektiver als z.B. die Gerichtsvollzieher- oder Immobiliervollstreckung. Dies belegen eindeutig die jährlich bei den Vollstreckungsgerichten anhängigen Verfahren und erlassenen Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse.

Diese Art des Vollstreckungsrechts ist allerdings sehr geprägt vom praktischen Geschick seines Anwenders. Nur wer weiß, wie Grundsätze und Ausnahmen der Zwangsvollstreckung im Alltagsgeschäft funktionieren und umzusetzen sind, kann effektiv zugreifen. Dennoch gilt stets der Grundsatz: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“. Insofern spielen auch Ideenreichtum und Schnelligkeit im Vollstreckungsrecht eine große Rolle, zumal es Gläubigern aufgrund weitreichender Schuldnerschutzvorschriften nicht immer einfach gemacht wird.

Hier setzt das vorliegende Werk an. Es will die in mehr als 25 Jahren in meiner Eigenschaft als Rechtspfleger gesammelten praktischen Erfahrungen als Erläuterungs- und Nachlagewerk an all diejenigen weitergeben, die sich mit der Zwangsvollstreckung in Forderungen beschäftigen müssen bzw. wollen. Dadurch soll eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis hergestellt werden. Sinn dieses Werkes ist daher nicht, einen weiteren Kommentar zu schaffen, sondern vielmehr die oftmals auftretenden theoretischen Schwierigkeiten, welche sich häufig durch gesetzliche Regelungen und gerichtliche Entscheidungen ergeben, in die Praxis umzusetzen. Denn vielfach stellt sich die ganz einfache und praktische Frage: „Wie funktioniert das denn nun?“ Wie muss ich das amtliche Formular auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses ausfüllen? Welche Informationen benötigt das Gericht und wie erhalte ich diese? Kann ich Anlagen verwenden und wenn ja welche? Welche sonstigen (Folge-)Anträge kann und muss ich stellen, um effektiv zu vollstrecken? Was kostet die Vollstreckung? Etc... Auf all diese Fragen will das Werk praktische Antworten und Lösungsmöglichkeiten geben. Es bezieht dabei die bis September 2018 ergangene Rechtsprechung mit ein. Beispiele, Muster und Checklisten runden das Ganze ab und sollen bei der täglichen Arbeit helfen.

Da das Vollstreckungsrecht – gerade im Bereich der Forderungsvollstreckung – durch Rechtsprechung und Gesetzesänderungen einem steigen Wandel unterworfen ist, erhebt dieses Werk natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der Autor ist daher für jede Anregung, Hinweise und selbstverständlich auch konstruktive Kritik dankbar. Insofern lebt das Werk auch vom „Mitmachen“ des Lesers.

Koblenz im November 2018

Peter Mock

Rechtspfleger am Amtsgericht Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	31
Literaturverzeichnis	43
§ 1 Zwangsvollstreckung	47
A. Begriff	47
B. Parteien/Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens	47
I. Allgemeines	47
II. Parteien des Vollstreckungsverfahrens	48
III. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens	48
§ 2 Begriff der Geldforderung	51
A. Allgemeines	51
B. Geldforderungen, die nicht nach §§ 829 ff. ZPO vollstreckt werden	51
C. Betagte, bedingte und künftige Forderungen	52
D. Naturalobligationen	53
E. Öffentlich-rechtliche Geldforderungen	53
F. Forderung des Gläubigers als Drittschuldner	54
G. Forderungen in Bezug auf den sog. Hypothekenhaftungsverband	55
H. Nicht übertragbare Forderungen	56
I. Unpfändbarkeit (§ 851 Abs. 1 ZPO)	56
II. Die Fallgruppen des § 851 Abs. 1 ZPO	58
1. Unpfändbarkeit kraft Gesetzes	58
2. Unpfändbarkeit bei höchstpersönlichen Ansprüchen	60
3. Eingeschränkt pfändbare Forderungen	62
4. Bedingt pfändbare Forderungen (§ 851 Abs. 2 ZPO).	64
§ 3 Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	67
A. Vollstreckungsvoraussetzungen	67
B. Zuständigkeit	67
I. Sachliche Zuständigkeit	67
1. Arrest	68
2. Einstweilige Verfügung	69
3. Beschwerdeverfahren	69
4. Verwaltungsrechtliche Entscheidungen	69
5. Öffentlich-rechtliche Geldforderungen	70
II. Funktionelle Zuständigkeit	70

III. Örtliche Zuständigkeit	71
1. Grundsatz: Zuständigkeit des Wohnsitzgerichts	71
2. Zeitpunkt	71
3. Aufenthalt	72
4. Inhaftierte.	73
5. Soldaten.	73
a) Berufssoldat	73
b) Wehrpflichtige	73
c) Volljährige Zeit-/Berufssoldaten/Bundespolizisten/Zivilange- stellte der Bundeswehr	73
d) Musterformulierung: Auskunftsbegleichen an das Personalamt der Bundeswehr	74
6. Fehlender Gerichtsstand in der Bundesrepublik	75
7. Mehrere Gerichtsstände.	75
8. Partei kraft Amtes	76
9. Internationale Zuständigkeit	76
10. Ansprüche eines ausländischen Staates	76
11. Mehrere Schuldner/Zuständigkeitsbestimmungen	78
12. Abgabe bei Zuständigkeitsverstoß	79
C. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	80
I. Vollstreckungstitel	80
1. Besonderheiten bei notariellen Urkunden	81
2. Besonderheiten bei Vollstreckungstiteln nach dem FamFG	82
II. Vollstreckungsklausel	83
III. Zustellung	84
D. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	84
I. Eintritt eines Kalendertages	84
II. Sicherheitsleistung	85
1. Allgemeines	85
2. Verfahren bei Sicherheitsleistung	85
a) Sicherheitsleistung des Schuldners	86
b) Sicherheitsleistung des Gläubigers	86
c) Nachweis der Sicherheitsleistung	87
d) Entfallen der Sicherheitsleistung.	88
e) Wirkungen der angeordneten Sicherheitsleistung	88
aa) Schuldner macht von der Abwendungsbefugnis keinen Gebrauch.	89
bb) Schuldner macht von der Abwendungsbefugnis Gebrauch	89
cc) Gläubiger leistet seinerseits Sicherheit	89

3. Möglichkeiten der Vollstreckung bei angeordneter Sicherheitsleistung	90
4. Der Antrag auf Sicherungsvollstreckung bei der Forderungsvollstreckung.	95
III. Wartefrist	96
IV. Vollstreckung bei Leistungen Zug um Zug	97
1. Nachweis der Gegenleistung oder des Annahmeverzuges durch den Gläubiger (§ 765 Nr. 1 ZPO)	97
2. Durchführung der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher (§ 765 Nr. 2 ZPO)	98
V. Fehlen von Vollstreckungshindernissen	98
1. Tabellarischer Überblick: Vollstreckungshindernisse	99
2. Gesetzliche Vollstreckungshindernisse	99
3. Vertragliche Vollstreckungshindernisse	99
a) Vollstreckungsbeschränkende Vereinbarungen	100
b) Vollstreckungserweiternde Vereinbarungen	100
c) Vollstreckungsausschließende Vereinbarungen	101
VI. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	101
§ 4 Verbindliche Formulare für die Forderungspfändung	103
A. Der Pfändungsantrag.	103
I. Allgemeines.	103
II. Verbindliche Form der Antragstellung	104
B. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen (§ 2 Nr. 2 ZVfV Anlage 2).	106
I. Seite 1: Pfändungs- und/oder Überweisungsbeschluss?	107
II. Seite 1: Zustellung mit Aufforderung nach § 840 ZPO oder Selbstzustellung	107
III. Seite 1 des Formulars: Zusatzanträge.	111
IV. Seite 1 des Formulars: Prozesskostenhilfe/Anlagen.	112
V. Seite 1 des Formulars: Kostenvorschuss.	112
VI. Seite 1 des Formulars: Einreichung ausgefüllter Seiten	113
VII. Seite 1 des Formulars: Datum/Unterschrift	115
VIII. Seite 2 des Formulars: Angaben zu den Parteien	115
IX. Seite 2 des Formulars: Angaben zum Vollstreckungstitel	119
X. Seite 2 des Formulars: Forderungsaufstellung	120
1. Teilvollstreckung	122
a) Teilvollstreckung bezogen auf Haupt- und Nebenforderung und Kosten	122
b) Teilvollstreckung bezogen auf Hauptforderung(-en).	123
2. Prüfung der Verrechnung von Zahlungen durch das Vollstreckungsgericht	124

XI. Drittschuldnerbezeichnung	125
XII. Zu pfändende Forderung(en).	128
XIII. Besondere Anordnungen	132
XIV. Anordnungen/sonstige Anordnungen	133
XV. Antrag auf Überweisung	134
XVI. Weitere Anträge/Hinweise	135
XVII. Gerichts-, Rechtsanwalts- und Inkassokosten	136
C. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen (§ 2 Nr. 1 ZVfV Anlage 3).	137
I. Antrag	138
II. Seite 2: Gläubigerbezeichnung	140
III. Seite 3, 4: Forderungsaufstellung.	141
IV. Seite 8: Überjährige Rückstände	143
V. Notwendiger Unterhalt	144
VI. Pfandfreier Betrag	145
D. Die formularmäßigen (Pfändungs-)Ansprüche.	145
I. Anspruch A (an den Arbeitgeber)	145
1. Ziffer 1 – Arbeitseinkommen	145
2. Ziffer 2 – Lohnsteuer-/Kirchensteuerjahresausgleich	145
II. Anspruch B (an die Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)	146
III. Anspruch C (an das Finanzamt).	146
1. Allgemeines	146
2. Einkommensteuer	150
3. Kfz-Steuer	151
4. Umsatzsteuer	151
5. Körperschaftsteuer	153
6. Grunderwerbsteuer	153
7. Grundsteuer	154
8. Gewerbesteuer.	156
IV. Anspruch D (an Kreditinstitute).	157
1. Guthaben auf Kontokorrent- und Girokonten – Anspruch Ziffer 1.	157
2. Sparguthaben/Festgeldkonten – Anspruch Ziffer 2	165
3. Darlehnsvaluta aus Kreditgeschäft – Anspruch Ziffer 3	166
4. Ansprüche aus zum Wertpapierkonto gehörenden Gegenkonto – Anspruch Ziffer 4.	167
5. Bankschließfach – Anspruch Ziffer 5	167
6. Weitere pfändbare Ansprüche – Ziffer 6	169
a) Allgemeine Ansprüche.	169
b) Genossenschaft	171
c) Wertpapiere	173

aa) Sonderverwahrte Wertpapiere	173
bb) Sammelverwahrte Wertpapiere	175
cc) Pfändungsmuster	175
V. Anspruch E (an Versicherungsgesellschaften)	177
1. Allgemeines.	177
a) Personenversicherungen	177
b) Schadenversicherungen	177
2. Lebensversicherung.	177
a) Anspruch Ziffer 1.	178
aa) Zahlung der Versicherungssumme	178
bb) Zahlung der Gewinnanteile (Überschussbeteiligung, § 153 VVG).	179
cc) Zahlung des Rückkaufwertes (§ 169 VVG).	179
b) Anspruch Ziffer 2.	180
c) Anspruch Ziffer 3.	182
d) Pfändungsmuster	184
e) Pfändungsbeschränkungen	186
aa) Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen eingegangen sind (§ 850 Abs. 3 lit. b ZPO).	186
bb) Geförderte Altersvorsorgevermögen und Altersvorsorgebeiträge (§ 5 AltZertG, § 97 EStG)	186
cc) Altersrenten (§ 851c ZPO)	188
(1) Allgemeines	188
(2) Anwendungsbereich	188
(3) Die Voraussetzungen des § 851c Abs. 1 ZPO	189
(4) Pfändungsschutz des Vorsorgevermögens (§ 851c Abs. 2 ZPO)	192
(5) Notwendigkeit der regelmäßigen Anpassung	193
(6) Additionsmöglichkeit mehrerer Ansprüche des Schuldners	193
(7) Umwandlungsverlangen des Schuldners nach § 167 VVG	194
(8) Pfändungsverfahren.	195
dd) Steuerlich gefördertes Altersvorsorgevermögen (§ 851d ZPO).	195
(1) Regelungszweck.	195
(2) Laufende Leistungen	196
(3) Umfang des Pfändungsschutzes	196

3. Todesfalllebensversicherung/Sterbegeldversicherung	197
4. Haftpflichtversicherung	200
5. Rechtsschutzversicherung	201
6. Unfallversicherung	201
7. Direktversicherung	202
§ 5 Das Pfändungsverfahren	207
A. Rechtsschutzbedürfnis	207
B. Bestimmtheit des Rechtsgrunds der zu pfändenden Forderung(en)	208
C. (Pfändungs-)Antrag	215
I. Antragsform	215
II. Unterschrift/Bevollmächtigung	215
III. Prüfung durch das Gericht	216
IV. Antrag auf Überweisungsbeschluss	216
V. Entscheidung des Gerichts	217
1. Antragsmängel	217
2. Mehrere zu pfändende Forderungen	218
3. Keine Anhörung	219
VI. Unterschrift des Rechtspflegers	220
VII. Inhalt des Pfändungsbeschlusses	220
D. Wirksamwerden der Pfändung durch Zustellung des Pfändungsbeschlusses	222
I. Allgemeines	222
II. Durchführung der Zustellung	224
III. Mehrere Drittschuldner – Gesamthandgemeinschaften	225
E. Pfändungswirkungen	226
I. Allgemeines	226
II. Stellung des Vollstreckungsgläubigers	230
III. Stellung des Vollstreckungsschuldners	231
IV. Stellung des Drittschuldners	232
V. Stellung Dritter	234
VI. Pfändungsumfang/Nebenrechte	234
VII. Rechtsbehelfe	240
VIII. Kosten/Gebühren	241
IX. Pfandverwertung	243
1. Allgemeines	243
2. Die Überweisung einer Geldforderung (§ 835 ZPO)	244
3. Das Verfahren der Überweisung	244
a) Überweisung gleichzeitig mit der Pfändung	244
b) Isolierter Überweisungsbeschluss	245
4. Die Wirkungen der Überweisung zur Einziehung (§ 835 Abs. 1 Alt. 1 ZPO)	247

a)	Rechtsstellung des Gläubigers	247
b)	Rechtsstellung des Schuldners	250
aa)	Auskunfts- und Offenbarungspflicht (§ 836 Abs. 3 S. 1 und 2 ZPO)	251
bb)	Pflicht zur Herausgabe von Urkunden (§ 836 Abs. 3 S. 1 ZPO)	256
cc)	Rechtsstellung des Drittschuldners	264
5.	Die Wirkungen der Überweisung an Zahlungs statt (§ 835 Abs. 1 Alt. 2 ZPO)	268
6.	Leistungssperre beim Guthabenkonto, das nicht P-Konto ist (§ 835 Abs. 3 S. 2 ZPO)	269
7.	Leistungssperre beim P-Konto (§ 835 Abs. 4 ZPO).	270
8.	Wartefrist bei nicht wiederkehrend zahlbaren Vergütungen und sonstigen Einkünften (§ 835 Abs. 5 ZPO).	273
9.	Andere Verwertungsart (§ 844 ZPO)	274
a)	Verfahren	274
b)	Verwertungsarten	275
aa)	Die öffentliche Versteigerung	275
bb)	Freihändiger Verkauf	276
cc)	Übertragung auf den Gläubiger	276
dd)	Überlassung des gepfändeten Rechts zur Ausübung an einen Dritten	277
ee)	Muster – Antrag auf andere Verwertung	277
c)	Rechtsbehelfe	278
d)	Kosten/Gebühren	278
X.	Die Drittschuldnererklärung (§ 840 ZPO)	279
1.	Regelungszweck	279
2.	Voraussetzungen der Auskunftspflicht	280
3.	Erklärung des Drittschuldners	282
a)	Form der Erklärung	282
b)	Frist zur Abgabe der Erklärung	282
c)	Umfang der Erklärungspflicht	282
aa)	Erklärung nach § 840 Abs. 1 Nr. 1 ZPO.	283
bb)	Erklärung nach § 840 Abs. 1 Nr. 2, 3 ZPO	285
cc)	Erklärung nach § 840 Abs. 1 Nr. 4 ZPO.	286
dd)	Erklärung nach § 840 Abs. 1 Nr. 5	286
4.	Keine Auskunftsklage des Gläubigers	287
5.	Wirkungen der Drittschuldnererklärung	288
6.	Schadensersatzanspruch des Vollstreckungsgläubigers (§ 840 ZPO Abs. 2 S. 2 ZPO).	289

a) Allgemeines	289
b) Umfang	289
c) Zuständigkeit	294
7. Erklärungspflicht nach § 316 AO	295
8. Kosten	295
9. Muster	298
a) Aufforderung zur Drittschuldnererklärung	298
b) Drittschuldnererklärung	299
c) Zahlungsaufforderung nach nicht fristgerechter Drittschuldner- erklärung	299
XI. § 841 Pflicht zur Streitverkündung	300
1. Folgen des Pflichtverstoßes	301
2. Muster – Streitverkündung an den Vollstreckungsschuldner	301
XII. Schadensersatz bei verzögerter Beitreibung (§ 842 ZPO)	302
1. Grundsatz – Zweck	302
2. Pflichtumfang	303
3. Umfang der Schadensersatzpflicht	303
XIII. Verzicht des Pfandgläubigers (§ 843 ZPO).	304
1. Grundsatz – Zweck	304
2. Verfahren	305
3. Form	305
4. Umfang	306
5. Wirkung	307
6. Gebühren – Kosten	308
7. Muster	308
a) Verzichtserklärung gegenüber Schuldner	308
b) Verzichtsmitteilung an Drittschuldner	308
c) Antrag auf Aufhebung der Pfändung und Überweisung	309
XIV. Vorpfändung (§ 845 ZPO)	309
1. Anwendungsbereich/Zulässigkeit	310
2. Voraussetzungen	311
3. Durchführung der Vorpfändung	313
a) Gerichtsvollzieher fertigt Vorpfändungsbenachrichtigung selbst an	313
b) Gläubiger fertigt Vorpfändungsbenachrichtigung selbst an	316
4. Wirkungen	318
a) Allgemeines	318
b) Gläubigerkonkurrenz	320
c) Oder-Konto	320
d) Mehrfache Vorpfändung	321

e) Insolvenz	322
5. Rechtsbehelfe.	324
6. Kosten/Gebühren	325
7. Muster – Isolierte Vorfändung durch Gläubiger	327
XV. Mehrfache Pfändung (§ 853 ZPO).	328
1. Allgemeines.	328
2. Voraussetzungen.	329
3. Hinterlegungsverfahren	329
4. Wirkungen der Hinterlegung	331
5. Kosten der Hinterlegung.	331
XVI. Klage bei mehrfacher Pfändung (§ 856 ZPO)	332
1. Normzweck	332
2. Klageverfahren.	332
3. Rechtskraftwirkungen	335
4. Kosten	335
5. Muster – Klage auf Hinterlegung durch den Drittschuldner bei Mehrfachpfändung	335
§ 6 Die Pfändung von Arbeitseinkommen.	337
A. Allgemeines	337
B. Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen (§ 850 ZPO)	337
C Begriff des Arbeitseinkommens	338
I. Dienst- und Versorgungsbezüge von Beamten.	339
II. Arbeits- und Dienstlöhne	340
III. Ruhegelder und ähnliche nach dem einstweiligen oder dauernden Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährte fortlaufende Einkünfte	344
IV. Hinterbliebenenbezüge	345
V. Sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art.	346
VI. Dem Arbeitseinkommen gleichgestellte Bezüge.	347
1. Karenzentschädigungen	347
2. Versicherungsrenten	348
VII. Praktische Ausfüllhinweise zum amtlichen Formular	349
1. Anspruch A (an Arbeitgeber).	349
2. Anspruch B	351
3. Anspruch G	352
4. Anordnungen	353
VIII. Der Umfang der Pfändung.	354
1. Allgemeines.	354
2. Künftige/fortlaufende Bezüge (§ 832 ZPO).	354
3. Im Voraus abgetretene Lohnforderung.	355

4. Pfändungswirkungen	356
5. Arbeits- und Dienst Einkommen (§ 833 Abs. 1 ZPO)	357
a) Änderung im Dienstverhältnis	357
b) Änderung des Dienstherrn	357
c) Pfändungsfortwirkung bei Neubegründung des Arbeits-/ Dienstverhältnisses binnen 9 Monaten (§ 833 Abs. 2 ZPO)	358
D. Unpfändbare Einkommensteile (§ 850a ZPO)	362
I. Allgemeines	362
II. Die einzelnen unpfändbaren Bezüge	364
1. Mehrarbeitsstunden (§ 850 Nr. 1 ZPO)	364
a) Sinn und Zweck der Regelung	364
b) Definition von Mehrarbeit	364
c) Selbstständiger Schuldner	365
d) Schuldner bezieht Altersrente und ist zusätzlich selbstständig	365
2. Urlaubsgeld, Zuwendungen aus besonderem Betriebsereignis, Treuegelder (§ 850a Nr. 2 ZPO)	366
a) Urlaubsgeld	366
aa) Definition von Urlaubsgeld	366
bb) Urlaubsabgeltungsanspruch	367
b) Zuwendungen aus besonderem Betriebsereignis	367
c) Treuegelder	367
d) „Rahmen des Üblichen“	368
3. Aufwandsentschädigungen, Auslösegelder, sonstige Zulagen (§ 850a Nr. 3 ZPO)	369
4. Weihnachtsvergütungen (§ 850a Nr. 4 ZPO)	375
5. Heirats- und Geburtshilfen (§ 850a Nr. 5 ZPO)	377
6. Erziehungsgelder, Studienbeihilfen und ähnliche Bezüge (§ 850a Nr. 6 ZPO)	380
7. Sterbe- und Gnadenbezüge aus Arbeits- oder Dienstverhältnissen (§ 850a Nr. 7 ZPO)	381
8. Blindenzulagen (§ 850a Nr. 8 ZPO)	381
E. Bedingt pfändbare Forderungen (§ 850b ZPO)	381
I. Normzweck und Anwendungsbereich	381
II. Die bedingt pfändbaren Bezüge (§ 850b Abs. 1 ZPO)	383
1. Renten wegen Verletzung des Körpers oder der Gesundheit (§ 850b Abs. 1 Nr. 1 ZPO)	383
2. Unterhaltsrenten aufgrund gesetzlicher Vorschrift (§ 850b Abs. 1 Nr. 2 ZPO)	386

3.	Fortlaufende Einkünfte des Schuldners aus Stiftungen oder sonst aufgrund der Fürsorge und Freigebigkeit eines Dritten oder aufgrund eines Altenteils oder Auszugsvertrags (§ 850b Abs. 1 Nr. 3 ZPO) .	389
a)	Allgemeines	389
b)	Altenteil	391
4.	Bezüge aus Witwen-, Waisen-, Hilfs- und Krankenkassen, bestimmte Lebensversicherungen (§ 850b Abs. 1 Nr. 4 ZPO)	392
a)	Allgemeines	392
b)	Witwen-, Waisen-, Hilfs- und Krankenkassen.	392
c)	Lebensversicherungen/Todesfalllebensversicherung/ Sterbegeldversicherung	393
5.	Voraussetzungen der Pfändung nach § 850b Abs. 2 ZPO	394
6.	Anhörung der Beteiligten (§ 850b Abs. 3 ZPO)	397
7.	Praktische Ausfüllhinweise zum amtlichen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss-Formular.	399
F.	Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen (§ 850c ZPO).	399
I.	Allgemeines.	399
II.	Zweck.	400
III.	Anwendungsbereich.	400
IV.	Unpfändbareres Arbeitseinkommen: Grundfreibetrag (§ 850c Abs. 1 S. 1 ZPO)	402
V.	Unpfändbareres Arbeitseinkommen: Freibetrag bei gesetzlichen Unterhaltspflichten (§ 850c Abs. 1 S. 2 ZPO)	403
VI.	Vorteil für nachrangige Gläubiger: Mietanteile in Pfändungsfreibeträgen	406
VII.	Pfändungsfreier Mehrverdienst (§ 850c Abs. 2, 3 ZPO)	407
VIII.	Dynamisierte Freibeträge (§ 850c Abs. 2a ZPO)	408
IX.	Durchführung der Pfändung.	408
X.	Wegfall unterhaltsberechtigter Personen (§ 850c Abs. 4 ZPO)	410
1.	Gläubigerantrag	412
a)	Gleichzeitige Antragstellung.	412
b)	Nachträgliche Antragstellung	413
2.	Eigene Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	414
3.	Art der Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	415
4.	Verfahren	416
5.	Entscheidung	419
a)	Unterhaltsberechtigter bleibt völlig unberücksichtigt	420
b)	Unterhaltsberechtigter bleibt teilweise unberücksichtigt	420
6.	Wirkungen	423
7.	Rechtsbehelfe.	423

G. Pfändbarkeit bei Unterhaltsansprüchen (§ 850d ZPO)	424
I. Regelungsgehalt.	424
II. Die privilegierten Gläubiger (§ 850d Abs. 1 S. 1 ZPO)/Anwendungsbereich	424
III. Übersicht: Gesetzliche Unterhaltsansprüche	425
IV. Praktische Auswirkungen der Privilegierung bei der Lohnpfändung	430
1. „Normalgläubiger“ pfändet zuerst, der Unterhaltsgläubiger pfändet später	431
2. Unterhaltsgläubiger pfändet zuerst, „Normalgläubiger“ pfändet später	431
V. Besonderheit bei gleichzeitiger Einkommens- und P-Kontopfändung	432
VI. Besonderheiten beim Unterhaltsvorschuss nach § 7 UVG	434
1. § 7 UVG verdrängt § 850d Abs. 2 ZPO.	434
2. Unterhaltsvorschusskasse vollstreckt mittels Vollstreckungsbescheid.	436
VII. Pfändungsumfang.	439
VIII. Ermittlung des notwendigen Unterhalts bzw. des pfändbaren Betrages	440
IX. Ermittlung des pfändbaren Betrages	446
X. Unterhaltsrückstände.	452
XI. Rangfolge bei der Vollstreckung mehrerer Unterhaltsberechtigter (§ 850d Abs. 2 ZPO).	453
XII. Vorratspfändung	459
XIII. Pfändungsverfahren	460
1. Antrag	460
2. Prozesskostenhilfe und Anwaltsbeordnung	461
3. Gläubigerbezeichnung.	464
a) Minderjährige Kinder.	465
aa) Gesetzliche Verfahrensstandschaft	465
bb) Gewillkürte Verfahrensstandschaft	465
b) Volljährige Kinder.	466
aa) Unterhaltstitel lautet auf Namen des Kindes	466
bb) Unterhaltstitel lautet auf Namen des Elternteils	467
4. Weitere Vollstreckung nach Volljährigkeit des Kindes	468
a) Unterhaltstitel lautet auf Namen des Kindes	468
b) Unterhaltstitel lautet auf Namen des Elternteils	468
5. Unterhaltstitel auf Namen der Unterhaltsvorschussstelle.	469
XIV. Voraus-/Dauerpfändung.	470
XV. Rechtsbehelfe	473

H. Berechnung des pfändbaren Einkommens (§ 850e ZPO)	474
I. Regelungszweck	474
II. Ermittlung des Nettoeinkommens (§ 850e Nr. 1 ZPO)	475
1. Vorgehensweise	479
a) Bruttomethode	480
b) Nettomethode	481
2. Auswirkungen der unterschiedlichen Berechnungsmethoden bei der Lohnpfändung	481
III. Besonderheiten beim Lohnvorschuss	487
1. Lohnvorschuss erfolgt nach Lohnpfändung	487
2. Lohnvorschuss erfolgt vor Lohnpfändung	488
IV. Besonderheiten beim Arbeitgeberdarlehen	490
1. Darlehenshingabe erfolgt nach Lohnpfändung	490
2. Darlehenshingabe erfolgt vor Lohnpfändung	491
V. Besonderheiten bei Nachzahlung von Arbeitseinkommen	491
VI. Addition mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nr. 2, 2a ZPO)	494
VII. Addition von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nr. 2a ZPO)	496
VIII. Verfahren auf Zusammenrechnung	499
1. Gleichzeitige Zusammenrechnung	499
2. Nachträgliche Zusammenrechnung	503
IX. Addition von Arbeitseinkommen und Naturalleistungen (§ 850e Nr. 3 ZPO)	506
X. Addition mehrerer Einkommen bei Abtretung	511
XI. Zusammentreffen von Unterhalts- und anderen Ansprüchen (§ 850e Nr. 4 ZPO)	512
XII. Rechtsbehelfe	515
XIII. Kosten	515
I. Änderung des unpfändbaren Betrages (§ 850f ZPO)	515
I. Regelungszweck	515
II. Anwendungsbereich	517
III. Erweiterter Pfändungsschutz (§ 850f Abs. 1 ZPO)	518
1. Bedürftigkeitsgrenze (§ 850f Abs. 1 lit. a ZPO)	519
a) Regelungszweck	519
b) Berechnungsmethoden	519
2. Besondere persönliche bzw. berufliche Bedürfnisse (§ 850f Abs. 1 lit. b ZPO)	525
a) Persönliche Bedürfnisse	525
b) Berufliche Bedürfnisse	526

3. Besonderer Umfang von gesetzlichen Unterhaltspflichten (§ 850f Abs. 1 lit. c ZPO)	529
4. Verfahren	530
5. Muster: Antrag auf Erhöhung der Pfändungsfreigrenze.	531
IV. Vollstreckung wegen vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung (§ 850f Abs. 2 ZPO)	531
1. Anwendungsbereich	531
2. Besonderheit bei prozessuaem Kostenerstattungsanspruch	532
3. Prüfungskompetenz des Vollstreckungsgerichts	535
4. Notwendiger Unterhalt des Schuldners und seiner Unterhaltsberechtigten	539
5. Gläubigerkonkurrenz	542
V. Erweiterte Lohnpfändung (§ 850f Abs. 3 ZPO).	544
VI. Rechtsbehelfe	546
VII. Kosten – Gebühren – Streitwert.	547
J. Änderung der Unpfändbarkeitsvoraussetzungen (§ 850g ZPO)	548
I. Regelungszweck	548
II. Anwendungsbereich	548
III. Änderungen der Verhältnisse	549
IV. Antrag	551
V. Verfahren	551
VI. Wirkungen	553
VII. Rechtsbehelfe	554
VIII. Kosten	554
K. Verschleiertes bzw. verschobenes Arbeitseinkommen (§ 850h ZPO)	555
I. Regelungszweck	555
II. Lohnverschiebung (§ 850h Abs. 1 ZPO)	556
1. Anwendungsbereich	556
2. Pfändungsverfahren	557
III. Lohnverschleierung (§ 850h Abs. 2 ZPO)	559
1. Regelungszweck	559
2. Voraussetzungen	560
IV. Pfändungsverfahren	564
V. Musteranträge	564
1. Musterantrag: Pfändung bei Wahl einer ungünstigen Steuerklasse durch Schuldner.	564
2. Pfändungsantrag bei Lohnverschiebung	565
3. Musterantrag: Pfändung bei Lohnverschleierung durch Schuldner	565
VI. Wirkungen	566
VII. Durchsetzung des gepfändeten Anspruchs	567

VIII. Gläubigerkonkurrenz	570
IX. Rechtsbehelfe	572
X. Kosten/Gebühren/Streitwert.	573
L. Pfändungsschutz für sonstige Einkünfte (§ 850i ZPO)	573
I. Allgemeines	573
II. Regelungszweck	574
III. Anwendungsbereich.	574
1. Einkünfte Selbstständiger	576
2. Sonstige Einkünfte	577
IV. Verfahren	580
1. Belastung eines Freibetrages für den Schuldner (§ 850i Abs. 1 S. 1 ZPO)	581
2. Angemessener Zeitraum	582
V. Kein Rückwirkungsverbot.	583
VI. Heimarbeitervergütung (§ 850i Abs. 2 ZPO)	584
1. Allgemeines.	584
2. Heimarbeitsmodelle.	584
3. Pfändungszugriff.	585
4. Muster: Pfändung der Heimarbeitervergütung.	586
VII. Rechtsbehelfe.	586
VIII. Kosten/Gebühren	586
M. Lohnpfändung trifft auf Abtretung	587
I. Allgemeines.	587
II. Rechtsfolgen der Abtretung: Arbeitgeber muss an Zessionar auskehren	587
III. Teilabtretung: Pfändungsgläubiger kann noch Lohnanteile beanspruchen	588
IV. Gehaltsabtretung ist auch bzgl. künftiger Ansprüche möglich	589
V. Gegenmaßnahmen zur Prüfung der Wirksamkeit einer Abtretung	589
VI. Teilzahlungsvereinbarung, Lohnabtretung und -pfändung	592
§ 7 Das Pfändungsschutzkonto (P-Konto, § 850k ZPO)	593
A. Allgemeines	593
B. Der Sockelfreibetrag (§ 850k Abs. 1 ZPO).	594
I. Grundfall (§ 850k Abs. 1 S. 1 ZPO).	594
II. Verlängertes Zahlungsmoratorium (§ 850k Abs. 1 S. 2 ZPO)	595
III. Einmalige Ansparung (§ 850k Abs. 1 S. 3 ZPO).	597
IV. Pfändungsschutz bei Umwandlung in P-Konto (§ 850k Abs. 1 S. 4 ZPO)	600
V. Aufstockung des Sockelfreibetrages (§ 850k Abs. 2 ZPO)	600
1. Der Schuldner gewährt aufgrund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt (§ 850k Abs. 2 Nr. 1 lit. a ZPO)	600

2. Schuldner nimmt Leistungen nach sozialrechtlichen Vorschriften auch für Personen, mit denen er in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, entgegen (§ 850k Abs. 2 Nr. 1 lit. b ZPO)	601
3. Einmalige Sozialleistungen und Geldleistungen zum Ausgleich eines durch einen Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwandes (§ 850k Abs. 2 Nr. 2 ZPO)	602
4. Kindergeld und andere Geldleistungen für Kinder (§ 850k Abs. 2 Nr. 3 ZPO)	602
VI. Besonderheiten bei deliktischem und prozessuellem Kostenerstattungsanspruch	603
VII. Freibeträge bei Unterhaltsvollstreckung (§ 850k Abs. 3 ZPO)	605
VIII. Änderung des pfändbaren Betrages durch das Vollstreckungsgericht (§ 850k Abs. 4 ZPO)	607
1. Allgemeines	607
2. Besonderheit: gleichzeitige Pfändung von Konto und Arbeitseinkommen – schwankende Höhe des Arbeitseinkommens	612
3. Nachzahlungen auf dem P-Konto	615
4. Besonderheiten bei gleichzeitiger Einkommenspfändung wegen Deliktsansprüchen und P-Kontopfändung	616
IX. Leistungsverpflichtung des Kreditinstituts (§ 850k Abs. 5 ZPO)	617
1. Allgemeines	617
2. Leistungsverpflichtung ohne Nachweis durch Schuldner (§ 850k Abs. 5 S. 1 ZPO)	617
3. Leistungsverpflichtung aufgrund Nachweis durch Schuldner (§ 850k Abs. 5 S. 2 ZPO)	617
X. Einschränkung der Kontokorrentabrede und Verrechnungsmöglichkeit bei Kontoführungskosten (§ 850k Abs. 6 ZPO)	619
XI. Vertragsrechtliche Grundlage des Pfändungsschutzkontos (§ 850k Abs. 7 ZPO)	621
1. Jederzeitige vertragliche Vereinbarung möglich (§ 850k Abs. 7 S. 1 ZPO)	621
2. Kunde als natürliche Person (§ 850k Abs. 7 S. 1 ZPO)	621
3. Höchstpersönliche Kontoeröffnung (§ 850k Abs. 7 S. 1 ZPO)	622
4. Umwandlungszwang bei bereits bestehendem Girokonto (§ 850k Abs. 7 S. 2 ZPO)	622
5. Umwandlung nach erfolgter Pfändung (§ 850k Abs. 7 S. 3 ZPO)	623
XII. Berechtigung nur für ein Pfändungsschutzkonto (§ 850k Abs. 8 ZPO)	624
XIII. Bestimmungsrecht des Gläubigers in Missbrauchsfällen (§ 850k Abs. 9 ZPO)	626

XIV. Muster: Antrag auf Beseitigung bei mehreren missbräuchlich geführten P-Konten	626
C. Anordnung der Unpfändbarkeit von Kontoguthaben auf dem Pfändungsschutzkonto (§ 850I ZPO)	627
I. Normzweck	627
II. Voraussetzungen	628
1. Antrag	628
2. Nachweis, dass dem Konto sechs Monate vor Antragstellung überwiegend unpfändbare Beträge gutgeschrieben wurden.	628
3. Unwahrscheinlichkeit von pfändbaren Beträgen in den nächsten zwölf Monaten	629
III. Verfahren	630
1. Maximale Befristung bis zwölf Monate	630
2. Versagung der befristeten Einstellung	632
IV. Wirkungen der Anordnung	632
V. Antrag auf Aufhebung der Anordnung (§ 850I S. 3 ZPO)	633
VI. Muster	634
1. Antrag auf befristete Unpfändbarkeit von P-Kontoguthaben (§ 850I S. 1, 2 ZPO)	634
2. Antrag auf Aufhebung von befristetem P-Kontoschutz (§ 850I S. 3 ZPO)	635
§ 8 Die Pfändung anderer Vermögensrechte (§ 857 ZPO)	637
A. Allgemeines	637
B. Anwendungsbereich	637
C. Die Anwendbarkeit der §§ 829 ff. ZPO (§ 857 Abs. 1 ZPO)	639
D. Fehlender Drittschuldner (§ 857 Abs. 2 ZPO)	640
E. Unveräußerliches Recht (§ 857 Abs. 3 ZPO)	641
F. Verwertung	642
G. Einzelfälle	643
I. Anwartschaftsrechte, Anwartschaftsrecht bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungseigentum	643
1. Durchführung der Rechtspfändung	645
2. Pfändungswirkungen	645
3. Durchführung der Sachpfändung	646
4. Musteranträge	647
II. Arzthonorare	648
1. Arzt rechnet als Kassenarzt ab	648
2. Arzt rechnet privat ab	649
3. Muster: Pfändung von ärztlichen Honorarforderungen	649
III. Auflassungsanwartschaft	650

IV. Eigentumsverschaffungsanspruch an Grundstücken	655
V. Auseinandersetzungsanspruch bei Gemeinschaften	658
1. Miteigentumsanteil bei Immobilien	658
2. Miteigentumsanteil an beweglichen Sachen	660
3. Mitberechtigungsanteil an Forderungen/Rechten	660
4. Muster – Pfändungsanträge	660
a) Pfändung bei Bruchteilgemeinschaften	660
b) Pfändung bei Erbengemeinschaften	661
c) Pfändung bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR/BGB-Gesellschaft)	661
d) Pfändung bei beendeter Gütergemeinschaft	661
e) Pfändung bei beendeter und fortgesetzter Gütergemeinschaft	662
VI. Strafgefängnisgeld	662
1. Arten der Ansprüche von Strafgefangenen	662
2. Übersicht: Drittschuldner bei Strafgefängnisgeldansprüchen	664
3. Muster: Pfändung von Gefängnisgeldansprüchen in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Berlin	665
4. Muster: Pfändung von Gefängnisgeldansprüchen mit Ausnahme von Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Berlin	666
VII. (Dingliches) Wohnungsrecht	667
1. Anfechtungsklage erheben	668
2. Musterklageantrag bei anfechtbarem Erwerb einer Grundbuchbelastung	668
3. Zwangsversteigerung durchführen	669
4. Reaktionsmöglichkeit des Gläubigers	670
VIII. Dauerwohn- und Dauernutzungsrecht	671
1. Definition und Inhalt	671
2. Pfändungsvarianten	672
a) Schuldner ist Grundstückeigentümer	672
aa) Problem: Zwangsverwaltung kann Entgeltpfändung zunichtemachen	673
bb) Pfändungsantrag	673
b) Schuldner ist Berechtigter	674
aa) Muster: Antrag auf Eintragung der Pfändung in das Grundbuch	675
bb) Pfändungsantrag	675
IX. GmbH-Geschäftsanteil	677
1. Pfändbarkeit	677
2. Pfändungsantrag	678
X. Grunddienstbarkeiten	679

XI. Grundschuld, Reallast, Rentenschuld	679
1. Grundschuld	680
a) Briefgrundschuld	680
b) Buchgrundschuld	682
c) Eigentümergrundschuld	682
d) Teileigentümergrundschuld	684
e) Muster: Pfändung bei Eigentümergrundschuld	686
2. Reallast	687
a) Subjektiv-dingliche Reallast	688
b) Subjektiv-persönliche Reallast	690
c) Muster: Pfändung bei subjektiv-persönlicher Reallast	690
d) Muster: Pfändung der geschuldeten Einzelleistungen bei subjektiv-persönlicher Reallast	692
3. Rentenschuld	693
XII. Hinterlegungsansprüche	693
1. Hinterlegungsgründe	694
2. Pfändung	694
3. Verwertung	695
4. Muster: Pfändung bei Hinterlegung	695
XIII. Hypothek	696
1. Buchhypothek	696
a) Musterformulierung: Grundbuchantrag	698
b) Pfändungsmuster	698
2. Briefhypothek	700
a) Pfändungsmuster: Schuldner ist im Besitz des Briefs	702
b) Pfändungsmuster: Dritter ist im Besitz des Briefs	704
c) Musterformulierung: Grundbuchberichtigungsantrag auf Eintragung der Pfändung	705
XIV. Schuldrechtlicher Rückgewähranspruch	706
1. Definition und praktische Bedeutung	706
2. Erfüllung des schuldrechtlichen Rückgewähranspruchs	709
3. Pfändung des Anspruchs auf Rechnungslegung und Auskunft	710
4. Verwertung des gepfändeten Rückgewähranspruchs	711
5. Pfändungsmuster	713
XV. Nießbrauch	714
1. Definition und Inhalt	714
2. Musterformulierung/Grundbuchberichtigungsantrag auf Eintragung der Pfändung	715
3. Muster: Pfändung eines Grundstücksnießbrauchs	718

XVI. Internet-Domain.	719
1. Pfändbarkeit	719
2. Muster: Pfändung einer Internet-Domain.	721
XVII. Leasing	722
1. Bedingte Pfändbarkeit.	722
2. Muster: Pfändung aus Leasingvertrag	722
XVIII. Schutzrechte	724
1. Gebrauchs-, Geschmacksmuster	724
2. Patent	724
a) Gläubiger weiß nicht, ob das Patent angemeldet ist.	725
b) Gläubiger weiß nicht, ob das Patent erteilt ist	726
c) Das Patent wurde erteilt	726
d) Muster: Pfändung von Patenten	727
3. Urheberrecht.	729
4. Marke (früher Warenzeichen).	729
XIX. Pflichtversicherung.	730
XX. Kommanditgesellschaftsanteil.	731
1. Definition.	731
2. Muster: Pfändung der Ansprüche an Kommanditgesellschaft.	732
XXI. Ansprüche eines Kommanditisten gegen die KG.	734
1. Pfändbare Ansprüche	734
2. Muster: Pfändung der Ansprüche gegen Kommanditisten	734
XXII. Lotsgeld.	735
1. Definition.	735
2. Drittschuldner bei Pfändung von Lotsgeldern.	736
3. Muster: Pfändung von Lotsgeldern.	737
XXIII. Haftentschädigung	738
1. Definition.	738
2. Muster: Pfändung von Haftentschädigungsansprüchen	739
XXIV. Pflichtteilsanspruch	741
1. Grundsätzliche Pfändbarkeit, bedingte Verwertbarkeit	741
2. Muster: Pfändung von Pflichtteilsansprüchen, wenn die Voraussetzungen nach § 852 Abs. 1 ZPO vorliegen	742
3. Muster: Pfändung von Pflichtteilsansprüchen, wenn die Voraussetzungen nach § 852 Abs. 1 ZPO nicht vorliegen	744
4. Muster: Antrag auf Überweisung des bereits gepfändeten Pflichtteilsanspruchs, wenn die Voraussetzungen nach § 852 Abs. 1 ZPO vorliegen	747
XXV. Rückauffassung	749

XXVI. Soldatenansprüche	750
1. Arten von Soldaten	750
2. Muster: Pfändung von Ansprüchen bei Berufssoldaten	750
3. Muster: Pfändung von Ansprüchen bei Zeitsoldaten	752
4. Muster: Pfändung von Ansprüchen bei freiwilligem Wehrdienst	754
XXVII. Vollmacht	756
XXVIII. Notaranderkonto	756
1. Isolierte Pfändung des Anspruchs auf Zahlung der Kaufpreisforderung	757
2. Isolierte Pfändung des Anspruchs auf Auszahlung vom Notaranderkonto	759
3. Muster: Pfändung des Anspruchs auf Zahlung der Kaufpreisforderung/auf Auszahlung vom Notaranderkonto	759
XXIX. Miet- und Pachtforderungen	761
1. Pfändbare Ansprüche bei Miet-, Pachtverhältnissen	761
2. Pfändungsmuster bei Ansprüchen des Mieters gegen den Vermieter	762
3. Mietgemeinschaften	763
4. Pfändungsbeschränkungen	765
a) Pfändungsschutz gem. § 850i ZPO	765
b) Pfändungsschutz bei Miet- und Pachtzinsen gem. § 851b ZPO	765
aa) Voraussetzungen	766
bb) Schuldnerantrag	767
cc) Verfahrensablauf	768
dd) Unterbleiben der Pfändung	768
ee) Wirkungen	769
ff) Kosten/Gebühren	769
gg) Muster: Antrag auf Vollstreckungsschutz.	769
5. Konkurrenz bei Mobilien-, Immobilienvollstreckung und Insolvenz	771
a) Pfändungen i.R.d. Mobilienvollstreckung durch Einzelgläubiger	771
b) Pfändungen i.R.d. Immobilienvollstreckung	772
c) Zwangsverwaltung und Insolvenz	774
XXX. Schuldner nutzt Konto eines Dritten	775
§ 9 Die Pfändung von Sozialleistungen	779
A. Allgemeines	779
B. Unpfändbarkeit von Dienst- und Sachleistungen (§ 54 Abs. 1 SGB I)	780
C. Pfändung einmaliger Geldleistungen (§ 54 Abs. 2 SGB I)	780
I. Pfändung erfordert Billigkeitsprüfung	781
II. Pfändung bei Zweckbestimmung möglich.	782

D. Unpfändbare Ansprüche (§ 54 Abs. 3 SGB I)	783
I. Elterngeld- und Betreuungsgeld, Erziehungsgeld und vergleichbare Leistungen der Länder (§ 54 Abs. 3 Nr. 1 SGB I)	783
II. Mutterschaftsgeld (§ 54 Abs. 3 Nr. 2 SGB I)	783
III. Wohngeld (§ 54 Abs. 3 Nr. 2a SGB I).	784
IV. Leistungen zum Ausgleich eines Körper- oder Gesundheitsschadens (§ 54 Abs. 3 Nr. 3 SGB I).	784
E. Pfändung laufender Sozialleistungen	785
I. Allgemeines	785
II. Pfändungsverfahren	786
F. Pfändung von Geldleistungen für Kinder	790
I. Grundsatz	790
II. Pfändbarkeit nur wegen gesetzlicher Unterhaltsansprüche der berücksichtigten Kinder	790
III. Höhe des pfändbaren Betrages beim Kindergeld	792
1. Vollstreckung nur durch Zahlkind – Zählkinder sind nicht vorhanden	792
2. Vollstreckung durch Zahlkind – Zählkind(er) vorhanden	793
3. Vollstreckung durch Zählkind.	794
4. Besonderheiten: Zusammenrechnung von Kindergeld mit Arbeitseinkommen bzw. Sozialleistungen	795
G. Pfändung von Sozialleistungen und Pfändungsschutzkonto	795
H. Pfändung einzelner Sozialleistungen	796
I. Arbeitslosengeld I	796
II. Arbeitslosengeld II	798
III. Elterngeld.	799
IV. Insolvenzgeld	802
1. Gläubiger hatte bereits Arbeitseinkommen gepfändet.	802
2. Gläubiger hatte Arbeitseinkommen noch nicht gepfändet	803
3. Pfändungsmuster: Isolierte Pfändung von Insolvenzgeld.	804
V. Kurzarbeitergeld	804
VI. Renten	806
VII. Rentenanwartschaften	807
§ 10 Die Pfändung von Ansprüchen auf Herausgabe oder Leistung körperlicher Sachen	809
A. Allgemeines.	809
B. Herausgabe-, Leistungsansprüche (§ 846 ZPO)	809
C. Pfändung des Herausgabeanspruchs auf eine bewegliche Sache (§§ 846, 847 ZPO)	810
I. Zweck – Anwendungsbereich	810
II. Pfändungsverfahren	811

III. Pfändungswirkungen	812
IV. Pfandverwertung	815
V. Rechtsbehelfe	815
VI. Kosten/Gebühren	815
D. Pfändung des Herausgabeanspruchs auf ein Schiff (§§ 846, 847a ZPO) . . .	816
E. Pfändung des Herausgabeanspruchs auf eine unbewegliche Sache (§§ 846, 848 ZPO)	816
I. Zweck – Anwendungsbereich	816
II. Pfändungsverfahren	817
III. Pfändungswirkungen	818
1. Pfändung des (bloßen) Herausgabeanspruchs (§ 848 Abs. 1 und 3 ZPO)	818
2. Pfändung des Übereignungsanspruchs vor Entstehung einer Auflassungsanwartschaft	818
3. Pfändungsmängel	820
4. Zwangsvollstreckung in das Grundstück	820
5. Rechtsbehelfe	821
6. Kosten – Gebühren	821
Stichwortverzeichnis	823

Abkürzungsverzeichnis

A

a.A.	anderer Ansicht
AA	Arbeitsrecht aktiv
a.a.O.	am angeführten Ort
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zs.)
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Amtsgericht
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGS	Anwaltsgebühren spezial (Zs.)
ALG	Arbeitslosengeld
Alt.	Alternative
AltZertG	Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz
AMBl BY	Amtsblatt Bayern
ÄndG	Änderungsgesetz
AnfG	Anfechtungsgesetz
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt (Zs.)
AO	Abgabenordnung
AOK	Ortskrankenkasse
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Zs.)
ArbG	Arbeitsgericht

ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
arg.	argumentum
ARST	Arbeitsrecht in Stichworten (Zs.)
Art.	Artikel
ATG	Altersteilzeitgesetz
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zs.)
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
AZR	Arbeit und Recht (Zs.)

B

BAG	Bundesarbeitsgericht
BaföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des BAG (Zs.)
BauR	Zeitschrift für das Baurecht (Zs.)
BayHiVV	Vollzugsvorschriften zum Bayerischen Hinterlegungsgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Amtliche Sammlung des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen (Zs.)
BB	Betriebs-Berater (Zs.)
Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung (Zs.)
BeckRS	Beck online Rechtsprechung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluss
betr.	betreffend
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung (Zs.)
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
Betrieb	Der Betrieb (Zs.)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz

BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs, nicht veröffentlicht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI I/II	Bundesgesetzblatt Teil I/Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGH LM	Lindenmaier-Möhring Nachschlagwerk des Bundesgerichtshofes (Zs.)
BGHR	Sammlung der BGH-Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen
BGHRReport	Schnelldienste zur Zivilrechtsprechung des Bundesgerichtshofs und der Oberlandesgerichte s. auch OLG-Report
BGHZ	Entscheidungssammlung des BGH in Zivilsachen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BKK	Betriebskrankenkassen
Bl.	Blatt
BNotO	Bundesnotarordnung
BR-Drucks	Bundesratsdrucksache
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT-Drucks	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zs.)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BverfGK	Neue amtliche Sammlung der Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zs.)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVG	Bundesversorgungsgesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise

C

CR Computer und Recht (Zs.)

D

DAVorm Der Amtsvormund (Zs.)

DB Der Betrieb (Zs.)

DENIC Deutsches Network Information Center

DepotG Depotgesetz DGVZ Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitschrift (Zs.)

d.h. das heißt

DIJuF Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (Zs.)

DNotZ Deutsche Notarzeitschrift (Zs.)

Drucks Drucksache

DRV-KBS Deutsche Rentenversicherung-Bahn-See

DS Drittschuldner

DStR Deutsches Steuerrecht (Zs.)

DWW Deutsche Wohnungswirtschaft (Zs.)

DZWIR Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zs.)

E

EBE Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen

EC elektronisch kommutiert

EEG Erneuerbare-Energien-Gesetz

EFG Entscheidungen der Finanzgerichte (Zs.)

EGBGB Einführungsgesetz zum BGB

EK Ersatzkasse

EstG Einkommensteuergesetz

EUR Euro

e.V. eingetragener Verein

EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zs.)
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht (Zs.)
EzFamR	Entscheidungssammlung zum Familienrecht (Zs.)
EzTöD	Entscheidungssammlung zum Tarifrecht im öffentlichen Dienst (Zs.)

F

f.	folgend
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht (Zs.)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRB	Der Familienrechtsberater (Zs.)
FamRG	Kommentierung zum Familienrechtsgesetz
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Zs.)
ff.	folgende
Fn	Fußnote
FoVo	Forderung und Vollstreckung (Zs.)
FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zs.)
FuR	Familie und Recht (Zs.)

G

G	Gläubiger
GBI	Gesetzblatt
GBO	Grundbuchordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
grds.	grundsätzlich
GVFV	Verordnung über das Formular für den Vollstreckungsauftrag an den Gerichtsvollzieher
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GVKostG	Gerichtsvollzieherkostengesetz
GVO	Gerichtsvollzieherordnung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt

H

HAG	Heimarbeitsgesetz
HaftpflG	Haftpflichtgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HintG	Hinterlegungsgesetz
h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz

I

i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
IKK	Innungskrankenkasse
Information StW	Die Information für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (Zs.)
InsbürO	Zeitschrift für Insolvenzsachbearbeitung und Entschuldungsverfahren (Zs.)
InsO	Insolvenzordnung
InVo	Insolvenz & Vollstreckung (Zs.)
IP	Internetprotokoll
i.R.	im Rahmen

i.S.	im Sinne
ITRB	Der IT-Rechts-Berater (Zs.)
i.V.m.	in Verbindung mit

J

JA	Juristische Ausbildung (Zs.)
JAmt	Das Jugendamt (Zeitschrift für Jugendhilfe und FamR) (Zs.)
JBeitrO	Justizbeitragsordnung
JR	Juristische Rundschau (Zs.)
JurBüro	Das Juristische Büro (Zs.)
Juris-PK	Juris Praxiskommentar
JuS	Juristische Schulung (Zs.)
JZ	Juristenzeitung (Zs.)

K

KG	Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts (Berlin) (Zs.)
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KKZ	Kommunal-Kassen-Zeitschrift (Zs.)
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KTS	Zeitschrift für das Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen
KV	Kostenverzeichnis

L

LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Sammlung der Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte (Zs.)

lfd. Nr.	laufende Nummer
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LMK	kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring (Zs.)
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LSG	Landessozialgericht
LuftVG	Luftverkehrsgesetz

M

M.E.	Meines Erachtens
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zs.)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins (Zs.)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zs.) – jetzt RNotZ
MüKo	Münchener Kommentar
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

N

NATO	North Atlantic Treaty Organization (Organisation des Nordatlantikvertrages)
NdsRPfl	Niedersächsischer Rechtspfleger
n.F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz (Zs.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zs.)
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report (Zs.)
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis (Zs.)
Nr.	Nummer

NVwZ (RR)	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungsreport (Zs.)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zs.)
NzFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht (Zs.)
NZI	Neue Zeitschrift für das Insolvenzrecht (Zs.)
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht (Zs.)

O

OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	s. OLGRspr.
OLGR	OLG-Report
OLGRspr.	Rechtsprechung der OLG in Zivilsachen
OLGZ	Entscheidungen der OLG in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz

P

PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PatG	Patentgesetz
P-Konto	Pfändungsschutzkonto
ProzRB	Der Prozessrechtsberater (Zs.)

R

RAGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des RAG (Zs.)
RBeistand	Der Rechtsbeistand (Zs.)
Rdn	Randnummer innerhalb des Werks
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zs.)
Rn	Randnummer in anderen Veröffentlichungen
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (vormals: Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer) (Zs.)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zs.)
RPfLG	Rechtspflegergesetz
r+s	Recht und Schaden (Zs.)
Rückst.	Rückstellung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
 S	
S	Schuldner
S.	Seite oder Satz
s.	siehe
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Zs.)
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannte
SoldG	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten
Sp.	Spalte
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
Str.	Straße
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen: Strafrechtsreform Ergänzungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SVEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
SVG	Gesetz über die Sozialversicherung
SVLFG	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

T

TVöD-S Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes– Durchgeschriebene Fassung Sparkassen

U

u.a. unter anderem
 UdG Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
 UNO United Nations Organisation
 UrhG Urheberrechtsgesetz
 USG Unterhaltssicherungsgesetz
 u.U. unter Umständen
 UVG Unterhaltsvorschussgesetz

V

VerBAV Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamts über das Versicherungswesen
 VermBG Vermögensbildungsgesetz
 VersR Versicherungsrecht (Zs.)
 VGH Verwaltungsgerichtshof
 VG Verwaltungsgericht
 vgl. vergleiche
 VMBI Ministerialblatt des Bundesministeriums der Verteidigung
 VO Verordnung
 VVG Versicherungsvertragsgesetz
 VwGO Verwaltungsgerichtsordnung
 VwVG Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
 VUR Verbraucher und Recht (Zs.)
 VV Vergütungsverzeichnis
 VVG Gesetz über den Versicherungsvertrag

W

WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen (Zs.)
WoGG	Wohngeldgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zs.)
WSG	Wehrsoldgesetz
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Zs.)
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht (Zs.)

Z

ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz (Zs.)
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (Zs.)
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht (Zs.)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zs.)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Zs.)
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht (Zs.)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUM	Zeitschrift für Urheber und Medienrecht (Zs.)
ZVfV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher-Insolvenz (Zs.)
zzgl.	zuzüglich
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess (Zs.)

Literaturverzeichnis

- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann* (Hrsg.), Zivilprozessordnung: ZPO, 76. Auflage 2018 (zitiert *Baumbach/Bearbeiter*, ZPO).
- Bamberger/Roth* (Hrsg.), Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch: BGB, 3. Auflage 2012 (zitiert *Bamberger/Roth/Bearbeiter*, BGB).
- Baur/Stürner/Bruns* (Hrsg.), Zwangsvollstreckungsrecht, 13. Auflage 2006.
- Bock/Speck*, Die Einkommenspfändung. Ein Handbuch des Rechts und des Verfahrens der Pfändung von Arbeitseinkommen und Einkünften aller Art, 1964.
- Boewer/Bommermann*, Lohnpfändung und Lohnabtretung in Recht und Praxis, 1987.
- Boewer*, Handbuch Lohnpfändung und Lohnabtretung, 3. Auflage 2015.
- Brox/Walker*, BGB, 42. Auflage 2018.
- Dauner-Lieb/Heidel/Ring* (Hrsg.), AnwaltKommentar BGB, 2005 (zitiert *Bearbeiter*, AnwaltKommentar BGB).
- Demharter*, Grundbuchordnung: GBO, 29. Auflage.
- Dornbusch*, Die Pfändung von Arbeitseinkommen in Fällen der Lohnverschiebung und Lohnverschleierung, Bonn 2005.
- Dieterich/Hanau/Schaub* (Hrsg.), Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 15. Auflage 2014 (zitiert *ErfK/Bearbeiter*).
- Fechter* (u.a.), Zwangsvollstreckungsrecht aktuell, 3. Auflage 2016.
- Germelmann/Matthes/Prütting* (Hrsg.), Arbeitsgerichtsgesetz: ArbGG, 6. Auflage (zitiert: *Germelmann/Matthes/Prütting/Bearbeiter*, ArbGG).
- Gerold/Schmidt* (Hrsg.), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: RVG, 20. Auflage 2012 (zitiert *Gerold/Schmidt/Bearbeiter*, RVG).
- Giese/Warendorf* (Hrsg.), Sozialgesetzbuch I, 2. Auflage 2007 (zitiert *Giese*, Sozialgesetzbuch I).
- Goebel*, Kontopfändung unter veränderten Rahmenbedingungen, 2009.
- Goebel* (Hrsg.), AnwaltFormulare Zwangsvollstreckung, 5. Auflage 2016.
- Gottwald/Mock* (Hrsg.), Zwangsvollstreckung, 7. Auflage 2015 (zitiert *Gottwald/Mock/Bearbeiter*).
- Hahn/Mugdans*, Die gesamten Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen 2. und 8. Band, 2. Auflage 1983.
- Hahn/Mugdans*, Die gesamten Materialien zur Zivilprozessordnung 2. Band, 1983.

- Hansens/Braun/Schneider* (Hrsg.), Praxis des Vergütungsrechts, 2. Auflage 2007.
- Hartung/Schons/Enders* (Hrsg.), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: RVG, 3. Auflage 2017 (zitiert *Hartung/Schons/Enders/Bearbeiter*, RVG).
- Hauck/Noftz*, Sozialgesetzbuch (SGB) I, Stand Juni 2016 (zitiert *Hauck/Noftz*, SGB I).
- Herberger/Martinek/Rüßmann/Weth* (Hrsg.), juris PraxisKommentar BGB, 7. Auflage 2014 (zitiert *juris PK-BGB/Bearbeiter*).
- Hümmerich/Boecken/Düwell*, AnwaltKommentar Arbeitsrecht Band 2, 2. Auflage 2010 (zitiert *AnwK-ArbR/Bearbeiter*, Bd. 2).
- Jurgeleit*, Die Haftung des Drittschuldners, 2. Auflage 2004.
- Keidel* (Hrsg.), FamFG, 17. Auflage 2011 (zitiert *Keidel/Bearbeiter*, FamFG).
- Keller* (Hrsg.), Handbuch des Zwangsvollstreckungsrechts, 2013.
- Kindl/Meller-Hannich/Wolf* (Hrsg.), Gesamtes Recht der Zwangsvollstreckung, 3. Auflage 2016 (zitiert *Kindl/Meller-Hannich/Wolf/Bearbeiter*).
- Kirchhof/Söhn/Mellinghoff* (Hrsg.), Einkommensteuergesetz, 2014.
- Kirchhof* (Hrsg.), Einkommensteuergesetz: EStG, 16. Auflage 2017 (zitiert: *Kirchhof/Bearbeiter*, EStG).
- Kopp/Schenke*, Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, 10. Auflage (zitiert *Kopp/Schenke*, VwGO).
- Körner/Leitherer/Mutschler* (Hrsg.), Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht, 99. Auflage 2018 (zitiert *Kasseler Kommentar zum Sozialversicherungsrecht/Bearbeiter*).
- Krahmer* (Hrsg.), Sozialgesetzbuch I Handkommentar, 2. Auflage 2007 (zitiert *LKP-SGB I/Bearbeiter*).
- Krüger/Rauscher* (Hrsg.), Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, 5. Auflage 2013 (zitiert *MüKo-ZPO/Bearbeiter*).
- Langheid/Wandt* (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Versicherungsgesetz: VVG, 2. Auflage, 2016 (zitiert *MüKo-VVG/Bearbeiter*).
- Mayer/Kroiß* (Hrsg.), Rechtsanwaltsvergütungsgesetz: RVG, 7. Auflage 2018 (zitiert *Mayer/Kroiß/Bearbeiter*, RVG).
- Musielak/Voit*, Zivilprozessordnung, 14. Auflage 2017 (zitiert *Musielak/Voit/Bearbeiter*).
- Mrozynski*, SGB I – Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil, 3. Auflage 2010 (zitiert *Mrozynski*, SGB I).

- Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch: BGB, 77. Auflage 2018 (zitiert *Palandt/Bearbeiter*).
- Peters Mes* (Hrsg.), Beck'sches Prozessformularbuch, 13. Auflage 2016.
- Prütting/Gehrlein* (Hrsg.), ZPO, 9. Auflage 2017 (zitiert *Prütting/Gehrlein/Bearbeiter*).
- Reetz*, die Rechtsstellung des Arbeitgebers als Drittschuldner in der Zwangsvollstreckung (Schriften zum deutschen und europäischen Zivil-, Handels- und Prozessrecht), 1985.
- Saenger* (Hrsg.), Zivilprozessordnung Handkommentar, 7. Auflage 2017 (zitiert *Hk-ZPO/Bearbeiter*).
- Saenger/Ulrich/Siebert* (Hrsg.), Zwangsvollstreckung, 3. Auflage 2016 (zitiert *Saenger/Ulrich/Siebert/Bearbeiter*).
- Schlegel/Voelzke* (Hrsg.), Juris Praxiskommentar SGB I, 3. Auflage 2018 (zitiert *Schlegel/Voelzke/Bearbeiter, jurisPK-SGB I*).
- Schoch/Schneider/Bier*, Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, 33. Auflage 2017 (zitiert *Schoch/Schneider/Bier/Bearbeiter, VwGO*).
- Schoch/Schmidt-Aßmann/Pietzner*, Verwaltungsgerichtsordnung: VwGO, Stand 2008 (zitiert *Schoch/Schmidt/Aßmann/Pietzner/Bearbeiter, VwGO*).
- Schröder/Beckmann/Weber*, Beihilfenvorschriften des Bundes und der Länder, 6. Auflage (zitiert *Bearbeiter, Beihilfenvorschriften des Bundes und der Länder*).
- Staudinger*, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 16. Auflage 2017 (zitiert *Staudinger/Bearbeiter, BGB*).
- Stein/Jonas*, Kommentar zur Zivilprozessordnung: ZPO, 22. Auflage 2013 (zitiert *Stein/Jonas/Bearbeiter*).
- Stöber*, Forderungspfändung, 16. Auflage 2013.
- Stöber*, Zwangsversteigerungsgesetz: ZVG, 21. Auflage 2016 (zitiert *Stöber, ZVG*).
- Sudergat*, Kontopfändung und P-Konto, 2. Auflage 2012.
- Schimansky/Bunte/Lwoski* (Hrsg.), Bankrechts-Handbuch, 4. Auflage 2011 (zitiert *Schimansky/Bunte/Lwoski/Bearbeiter, Bankrechts-Handbuch*).
- Schuschke/Walker* (Hrsg.), Vollstreckung und vorläufiger Rechtsschutz, 6. Auflage 2016 (zitiert *Schuschke/Walker/Bearbeiter*).
- Thomas/Putzo*, Zivilprozessordnung, 29. Auflage 2018 (zitiert *Thomas/Putzo/Bearbeiter, ZPO*).
- Vorwerk/Wolf* (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar zur Zivilprozessordnung, 2017 (zitiert *Vorwerk/Wolf/Bearbeiter, BeckOK-ZPO*).
- Walter*, Lohnpfändungsrecht, 3. Auflage.

Wannagat/Eichenhofer (Hrsg.), Sozialgesetzbuch, Stand 2009 (zitiert *Wannagat/Bearbeiter*, SGB).

Weiß, Das Pfändungsschutzkonto de lege lata et ferenda, 2014.

Westermann/Grunewald/Maier-Reimer (Hrsg.), Erman BGB, 15. Auflage 2017 (zitiert *Erman/Bearbeiter*, BGB).

Wieczorek/Schütze (Hrsg.), Zivilprozessordnung und Nebengesetze Großkommentar, 4. Auflage 2018 (zitiert *Wieczorek/Schütze/Bearbeiter*, ZPO).

Zöller (Hrsg.), Zivilprozessordnung, 31. Auflage 2016 (zitiert *Zöller/Bearbeiter*).

§ 1 Zwangsvollstreckung

A. Begriff

Der Vollstreckungsgläubiger, dem der Staat als Inhaber des Zwangsmonopols die Selbsthilfe verbietet,¹ ist zur Verwirklichung seines Anspruchs berechtigt, die staatlichen Vollstreckungsorgane in Anspruch zu nehmen. Der Staat als Träger der Vollstreckungsgewalt gewährleistet damit vollständigen Rechtsschutz und die Durchsetzung des Rechts des Gläubigers. Der Begriff der Zwangsvollstreckung beinhaltet somit ein staatliches Verfahren zur zwangsweisen Durchsetzung oder Sicherung von Leistungs- oder Haftungsansprüchen, die in einem zivilprozessualen Vollstreckungstitel verbrieft sind.

Die Durchsetzung von Ansprüchen aus bürgerlich-rechtlichen Streitigkeiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit erfolgt nach den Vorschriften des 8. Buches der Zivilprozessordnung (§ 3 Abs. 1 EGZPO; § 13 GVG; §§ 704–898 ZPO). Die Vollstreckung in Ehesachen (§§ 111 Nr. 1, 121 FamFG) und Familienstreitsachen (§ 112 FamFG) erfolgt entsprechend den ZPO-Vorschriften (§ 120 Abs. 1 FamFG). Dies gilt bei der Vollstreckung wegen Geldforderungen auch in anderen Familiensachen (§ 95 Abs. 1 Nr. 1 FamFG).

Innerhalb der Zwangsvollstreckung **wegen Geldforderungen** ist unter Berücksichtigung des Vollstreckungsobjekts (Vollstreckungsgegenstand) zu unterscheiden zwischen:

- **Mobiliarvollstreckung** (Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen), §§ 803–863 ZPO mit der Unterteilung in:
 - Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen (**Fahrnisvollstreckung**), §§ 808 – 827 ZPO,
 - Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte (**Forderungsvollstreckung**), §§ 828 – 863 ZPO
- **Immobilienvollstreckung** (Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen), §§ 864 – 871 ZPO i.V.m. §§ 15 ff. – 146 ZVG

Die Forderungsvollstreckung ist somit ein Teil der Mobiliarvollstreckung, die ein Pfandrecht des Gläubigers entstehen lässt und damit die Basis der Verwertung bildet.

B. Parteien/Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens

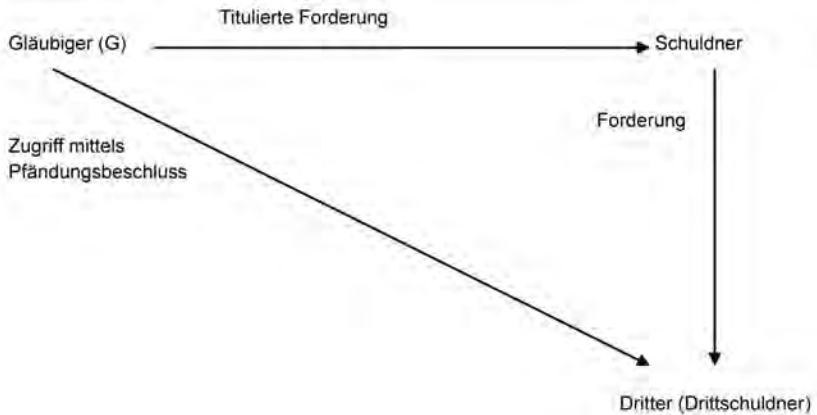
I. Allgemeines

Bei der Forderungsvollstreckung besteht ein **Dreiecksverhältnis**, in dem der Vollstreckungsgläubiger auf eine Forderung zugreift, die dem Vollstreckungsschuldner gegen einen Dritten (sog. Drittschuldner) zusteht.

¹ BVerfG, NJW 1983, 559.

- 5 Mit der Pfändung erlangt der Gläubiger ein Pfandrecht an der Geldforderung seines Schuldners gegen den Drittschuldner (§ 804 Abs. 1 ZPO). Die Verwertung erfolgt dann durch Überweisung (§ 835 ZPO) oder auch anderweitig (§ 844 ZPO). Besonderheiten gelten für die Pfändung der durch eine Hypothek gesicherten Forderung (§§ 830, 830a ZPO), derjenigen aus einem Wechsel oder aus anderen indossablen Papieren (§ 831 ZPO). Auch die Pfändung von Forderungen gegen mehrere Drittschuldner in einem Pfändungsbeschluss ist gesondert geregelt (§ 829 Abs. 1 S. 3 ZPO).

6 **Übersicht: Dreiecksverhältnis bei der Forderungspfändung**



II. Parteien des Vollstreckungsverfahrens

- 7 Als Parteien im Vollstreckungsverfahren sind sowohl der **Gläubiger** als auch der **Schuldner** zu betrachten.

Der **Gläubiger** (Vollstreckungsgläubiger) ist Inhaber einer titulierten Forderung. Ihm allein bzw. der in der Vollstreckungsklausel genannten Person steht der vollstreckbare Anspruch zu. Als **Schuldner** (Vollstreckungsschuldner) wird derjenige bezeichnet, gegen den die Zwangsvollstreckung betrieben wird.

III. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens

- 8 Neben den Vollstreckungsparteien können auch **Dritte** in das Zwangsvollstreckungsverfahren involviert sein. Im Bereich der Forderungspfändung ist dies regelmäßig der **Drittschuldner** d.h. derjenige, der dem Vollstreckungsschuldner eine (Geld-)Forderung oder ein Recht schuldet. Zwar hat die Rechtsprechung im Rahmen des § 857 ZPO als Dritt-

schuldner in einzelnen Fällen nicht nur Schuldner von Ansprüchen im technischen Sinne anerkannt, sondern auch Inhaber von Rechten, die von der Pfändung berührt werden. Solche Personen also, die an dem gepfändeten Recht außer dem Vollstreckungsschuldner irgendwie beteiligt sind,² so z.B. bei der Pfändung eines Miteigentumsanteils die übrigen Miteigentümer,³ bei der Pfändung eines Erbteils die übrigen Miterben⁴ sowie bei der Pfändung des Anwartschaftsrechts des Vorbehaltskäufers einer beweglichen Sache der Veräußerer.⁵

Taktischer Hinweis:

Da sich nicht immer eindeutig klären lässt, wer als Drittschuldner in Betracht kommt, sollten aus Gläubigersicht bei Inbetrachtkommen mehrerer Personen, diese als Drittschuldner im amtlichen Pfändungsformular aufgeführt werden, da die Pfändung bei mehreren Drittschuldnern erst mit der letzten Zustellung wirksam wird (vgl. § 829 Abs. 3 ZPO).⁶

9

2 BGH, NJW 1968, 493.

3 BGH, NJW 1954, 1325.

4 RGZ 49, 405 (407).

5 BGH, NJW 1954, 1325.

6 BGH, NJW 1998, 2904 = DB 1998, 1657 = DGVZ 1998, 154 = JurBüro 1998, 669 = KKZ 1999, 64 = MDR 1998 = Rpfleger 1998, 435 =, 1049 WM 1998, 1533 = ZAP EN-Nr. 555/98 = ZInsO 1998, 287 = ZIP 1998, 1291.

§ 2 Begriff der Geldforderung

A. Allgemeines

Unter einer Geldforderung ist die Forderung auf **Leistung einer Geldsumme** zu verstehen. Sie ist darauf gerichtet, dass Geld in bestimmter Menge gezahlt, d.h. übereignet oder überwiesen wird. Hierbei wird nur der summenmäßig bestimmte Wert geschuldet. 1

Geldforderungen können aus unterschiedlichen Rechtsverhältnissen stammen und auf Zahlung in in- oder ausländischer Währung gerichtet sein.¹ Insoweit differenziert die Vorschrift des § 829 ZPO nicht: Ist die Geldforderung im Einzelfall überhaupt pfändbar und richtet sich die Zwangsvollstreckung nach den Regeln der ZPO, dann finden die §§ 829 ff. ZPO Anwendung. Von den Geldschulden abzugrenzen sind

- die Geldstückschuld, bei der ein bestimmtes Münzstück geschuldet ist. Sie ist Sachschuld.
- Die eigentliche (oder echte) Geldsortenschuld, bei der eine gewisse Anzahl (Menge) bestimmter Geldsorten, z.B. zehn verschiedene Münzen, geschuldet wird. Auch sie ist eine reine Sachschuld.

Beide Sachschulden werden nach den §§ 883, 884 ZPO vollstreckt.² 2

Wegen einer Geldforderung kann der Gläubiger, dessen Schuldner seinerseits von einem Dritten (Drittschuldner) eine Geldstück- oder Geldsortenschuld fordern kann, in eine solche Sachschuld nach §§ 846 ff. ZPO in den Herausgabeanspruch vollstrecken. 3

Ein Anspruch auf Befreiung von einer Verbindlichkeit, die in einer Geldforderung besteht, ist nicht als Geldforderung nach den §§ 803 ff. ZPO, §§ 829 ff. ZPO zu vollstrecken, sondern nach § 887 ZPO (vertretbare Handlung).³

B. Geldforderungen, die nicht nach §§ 829 ff. ZPO vollstreckt werden

Nicht nach den §§ 829 ff. ZPO sind zu vollstrecken:⁴ 4

- Geldforderungen, auf die sich bei Grundstücken die Hypothek erstreckt (sog. **Hypothekenhaftungsverband**; vgl. §§ 1120 BGB⁵) unterliegen der Zwangsvollstreckung durch das Vollstreckungsgericht nach den §§ 829 ff. ZPO nur so lange,

1 OLG Düsseldorf, NJW 1988, 2185.

2 Gottwald/Mock, § 829 Rn 5.

3 Gottwald/Mock, § 829 Rn 6.

4 Gottwald/Mock, § 829 Rn 7.

5 Vgl. Rdn 10; § 8 Rdn 109 ff., § 8 Rdn 372 ff.

wie nicht ihre Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt ist.⁶

- **Verbriefte Forderungen** bei denen das Recht aus dem Papier dem Recht am Papier folgt, werden wie bewegliche Sachen nach § 808 Abs. 2 ZPO durch den Gerichtsvollzieher gepfändet und nach § 821 ZPO verwertet.
- **Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren**, die durch **Indossament** übertragen werden können, werden nach § 831 ZPO wie bewegliche Sachen (§ 808 Abs. 2 ZPO) gepfändet, dann allerdings wie Forderungen nach § 835 ZPO verwertet;
- **Forderungen**, für die eine **Hypothek bestellt** ist: für diese Forderungen enthält § 830 ZPO (für Schiffshypotheken § 830a ZPO) über die Vorschrift des § 829 ZPO hinausgehende Sonderregelungen.

C. Betagte, bedingte und künftige Forderungen

- 5 In der Einzelzwangsvollstreckung können auch künftige sowie aufschiebend bedingte oder befristete Forderungen gepfändet werden, sofern ihr Rechtsgrund und der Drittschuldner im Zeitpunkt der Pfändung bestimmt sind.⁷ Voraussetzung ist, dass solche Forderungen bestimmt genug bezeichnet oder hinreichend bestimmbar sind. Hierfür muss bereits eine **Rechtsbeziehung** zw. Schuldner und Drittschuldner bestehen, aus der die zukünftige Forderung nach ihrem Inhalt und nach der Person des Drittschuldners bestimmt werden kann.⁸ Aus dem Pfändungsbeschluss muss sich daher auch die Pfändung (auch) zukünftiger Forderungen ausdrücklich ergeben. Insoweit hat eine schlüssige Darlegung durch den Gläubiger zu erfolgen.⁹
- 6 Pfändbar ist eine Geldforderung bereits **vor Fälligkeit**, wenn sie von einer Gegenleistung abhängig ist oder ein Zurückbehaltungsrecht besteht oder wenn sie unter einer aufschiebenden oder auflösenden Bedingung steht oder unter einer Zeitbestimmung geschuldet ist (§ 163 BGB).¹⁰ Hierunter fallen z.B. künftige Miet-, Pacht- oder Erbbauansprüche, der

6 Eingehend hierzu Gottwald/Mock, § 829 Rn 14.

7 BGH, DGVZ 2003, 118 = JurBüro 2003, 438; = FamRZ 2003, 1010 = KKZ 2003, 121 = MDR 2003, 525 = NJW 2003, 1457 = Rpfleger 2003, 305 = Vollstreckung effektiv 2003, 130 WM 2003, 548 = ZInsO 2003, 330 = ZVI 2003, 110; Gottwald/Mock, § 829 Rn 8 m.w.N.

8 Vgl. z.B. BGH, NJW 1981, 1611 = WM 1981, 542 = DB 1981, 1324 = ZIP 1981, 591 = BB 1981, 1051 = Rpfleger 1981, 290 = MDR 1981, 730 = JurBüro 1981, 1326; NJW 1982, 2193 = WM 1982, 816 = DB 1982, 1714 = ZIP 1982, 932 = MDR 1982, 904 = BGHZ 84, 371; OLG Oldenburg, NJW-RR 1992, 512; zu zukünftigen Rentenansprüchen: vgl. BGH, Vollstreckung effektiv 2003, 130 = ZVI 2003, 110 = WM 2003, 548 = ZInsO 2003, 330 = MDR 2003, 525 = NJW 2003, 1457 = Rpfleger 2003, 305 = KKZ 2003, 121 = FamRZ 2003, 1010 = DGVZ 2003, 118 = JurBüro 2003, 438.

9 OLG Köln, OLGZ 1987 206 = WM 1986, 1421.

10 BGH, NJW 1970, 241 = BGHZ 53, 29 = WM 1969, 1417; Gottwald/Mock, § 829 Rn 9.

Anspruch auf die Auszahlung künftiger Aktivsalden aus einem Giro- und Bankkontokorrentvertrag, der Anspruch auf künftige Versicherungsleistungen vor Eintritt des Versicherungsfalls, der künftig mögliche Anspruch auf Kostenerstattung ab Einreichung der Klage, der dem Schuldner möglicherweise verbleibende Erlösüberschuss bei einer Versteigerung durch den Gerichtsvollzieher oder auch bei der Zwangsversteigerung eines Grundstücks ab Einleitung des Zwangsversteigerungsverfahrens sowie der Anspruch eines Gesellschafters auf Auszahlung des Gewinnanteils für die kommenden Geschäftsjahre. Daneben unterliegen die den Tarifkunden gegenüber den Elektrizitätsversorgungsunternehmen zustehenden Rückerstattungsansprüche aus § 25 AVBEltV als zukünftige Forderungen der Pfändung.¹¹

D. Naturalobligationen

Die gerichtliche Durchsetzbarkeit einer Forderung ist nicht Voraussetzung dafür, dass die Forderung pfändbar ist. Deshalb sind auch Naturalobligationen, soweit sie **auf Geld gerichtet** sind (wie etwa der Anspruch auf Ehemäklerlohn und Ansprüche aus Spiel und Wette), pfändbare Geldforderungen im Sinne der §§ 829 ff. ZPO.¹² Der Gläubiger allerdings kann die Erfüllung nicht erzwingen. Leistet der Drittschuldner hingegen an den Gläubiger, ist der Erwerb der Forderung nicht rechtsgrundlos.

7

E. Öffentlich-rechtliche Geldforderungen

Der Pfändung steht grds. nicht entgegen, dass die Forderung ihren Rechtsgrund im öffentlichen Recht hat bspw. als Steuererstattungsanspruch, als Anspruch auf Sozialleistungen oder als Anspruch auf Entschädigung aus Enteignung. Insoweit kommt es allerdings darauf an, ob die jeweiligen öffentlich rechtlichen Sondergesetze die Forderung im Einzelfall im Hinblick auf die besondere Zweckrichtung der Leistung nicht für generell oder teilweise unpfändbar erklären. Zu beachten sind hierbei insbesondere § 46 Abs. 6 AO¹³ bzgl. der Pfändung von Steuererstattungsansprüchen, § 54 SGB I¹⁴ bzgl. derjenigen von Sozialleistungen sowie die Pfändung von Entschädigungsansprüchen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (vgl. § 14 BEG).

8

11 LG Koblenz, Rpfleger 2000, 339 = InVo 2000, 318.

12 Gottwald/Mock, § 829 Rn 10; Stöber, Rn 36 m.w.N.

13 Vgl. auch § 4 Rdn 125 ff.

14 Vgl. auch § 9.

F. Forderung des Gläubigers als Drittschuldner

- 9 Sind **Gläubiger und Drittschuldner identisch**, d.h. der Gläubiger will eine gegen sich selbst gerichtete Forderung des Schuldners pfänden, so ist dies grds. zulässig; der Gläubiger muss den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss dann wegen § 829 Abs. 3 ZPO an sich selbst zustellen lassen.¹⁵ Er kann aufgrund der Pfändung und Überweisung in der Regel selbst die Aufrechnung mit der ihm gegen den Schuldner zustehenden Forderung erklären.¹⁶ Ein Rechtsschutzbedürfnis besteht für den Gläubiger jedenfalls dann, wenn eine Aufrechnung aus prozessualen oder materiellen Gründen unstatthaft ist. Ob dies auch möglich ist, wenn der Gläubiger ohne die Pfändung und Überweisung wegen eines materiellen Aufrechnungsverbot es nicht aufrechnen kann, ist umstritten. Während eine Ansicht eine Selbstpfändung uneingeschränkt für zulässig hält, verneint die andere Ansicht eine Selbstpfändung, wenn Aufrechnungsverbote entgegenstehen. Der BGH hält eine Pfändung in eigene Schuld jedenfalls dann für unbedenklich, wenn sie dazu dient, dem Gläubiger die Verrechnung in den Fällen zu ermöglichen, in denen die Aufrechnungsvoraussetzungen nicht vorliegen oder die Aufrechnung aus prozessualen Gründen unstatthaft ist, sofern nicht Aufrechnungsverbote entgegenstehen. Ob dies auch möglich ist, wenn der Gläubiger ohne die Pfändung und Überweisung wegen eines materiellen Aufrechnungsverbot es nicht aufrechnen kann, ist umstritten. Zu bedenken ist aber, dass der Gläubiger i.d.R. auch zur Aufrechnung berechtigt ist, somit das Rechtsschutzbedürfnis der Pfändung in Frage zu stellen ist, da die Verwirklichung auf einem einfacheren Weg möglich ist. In diesen Fällen fehlt dann das Rechtsschutzinteresse.¹⁷ Ein solches besteht für den Gläubiger jedoch wiederum, wenn eine Aufrechnung aus prozessualen (§ 767 Abs. 2 ZPO) oder materiellen (§§ 393–395 BGB) Gründen unstatthaft ist.¹⁸ Während nach einer Ansicht¹⁹ nur in diesen Fällen das erforderliche Rechtsschutzbedürfnis besteht, da sonst die Aufrechnung der einfachere und schnellere Weg zur Befriedigung der titulierten Forderung sei, bejaht die Gegenansicht²⁰ das Rechtsschutzbedürfnis mit der Begründung, die Pfändung der Gegenforderung habe für den Gläubiger erhebliche Vorteile ggü. der Aufrechnung; sie verschaffe dem Gläubiger insbesondere als Hoheitsakt größere Klarheit und Rechtssicherheit.²¹

15 BGH, Rpfleger 2011, 535 = FamRZ 2011, 1145 = JurBüro 2011, 497 = MDR 2011, 882 = NJW-RR 2011, 959 = WM 2011, 1141 = EBE/BGH 2011, BGH-Ls 444/11; OLG Köln, NJW-RR 1989, 190; OLG Stuttgart, Rpfleger 1983, 409; *Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann*, § 829 Rn 38; *Musielak/Becker*, § 829 Rn 14; *Gottwald/Mock*, § 829 Rn 11; *Stöber*, Rn 33.

16 Vgl. BGH VersR 2011, 1056.

17 LG Düsseldorf, MDR 1964, 332.

18 Vgl. *Musielak/Becker*, § 829 Rn 8.

19 LG Düsseldorf, MDR 1964, 332.

20 OLG Köln, NJW-RR 1989, 190.

21 Vgl. *Rimmelspacher/Spellenberg*, JZ 1973, 271.

G. Forderungen in Bezug auf den sog. Hypothekenhaftungsverband

Forderungen, auf die sich die Hypothek erstreckt (sog. **Hypothekenhaftungsverband**) unterliegen der Forderungspfändung nur bis zur Beschlagnahme im Wege der Immobiliervollstreckung (§ 865 Abs. 2 S. 2 ZPO). Bei Miet- und Pachtzinsforderung gilt, dass diese i.R.d. Zwangsverwaltung (§ 148 ZVG, § 1123 BGB) erfasst werden, soweit sie laufend sind oder Ansprüche aus Rückständen aus dem letzten Jahr vor der Beschlagnahme bestehen; hiervon werden auch Forderungen aus einem Untermiet- oder Pachtverhältnis erfasst, wenn der Hauptmiet- oder Pachtvertrag wegen Vereitelung der Gläubigerrechte gem. § 138 Abs. 1 BGB nichtig ist.²² Sittenwidrigkeit im Sinne des § 138 Abs. 1 BGB liegt dann vor, wenn das Hauptmiet- oder Pachtverhältnis allein dazu dient, Pacht- bzw. Mietforderungen dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. In diesem Fall ist dann ein Durchgriff auf die Forderung aus dem Unterpachtverhältnis bzw. Untermietverhältnis gerechtfertigt. Es ist daher ein planmäßiges Zusammenarbeiten mit eingeweihten Helfern erforderlich, um das wesentliche pfändbare Vermögen dem Zugriff des Gläubigers zu entziehen.²³ Bestehen dafür keine Anhaltspunkte, verbleibt es bei dem Grundsatz, dass die Beschlagnahme durch Anordnung der Zwangsverwaltung nur die Forderung aus dem Hauptpachtvertrag erfasst (§§ 148 Abs. 1 S. 1, 21 Abs. 2 ZVG),²⁴ was dazu führt, dass die Gläubiger des Eigentümers keinen Anspruch darauf haben, sich aus schuldnerfremdem Vermögen zu befriedigen. Werden die Erträge hingegen nicht auf den Unterverpächter verlagert, um sie dem Zugriff der Gläubiger des Eigentümers zu entziehen, verbleibt diesem der Anspruch auf Nutzungsentschädigung (§ 584b BGB) auf den dessen Gläubiger zugreifen können. Auf diesen Anspruch erstreckt sich dann auch die Beschlagnahme im Wege der Zwangsverwaltung.²⁵ Damit ist der Zweck sowohl des § 148 ZVG als auch des § 1123 Abs. 1 BGB erfüllt; der Gläubiger erhält dafür, dass der Grundstückseigentümer das ihm zustehende Benutzungs- und Fruchtziehungsrecht wirksam auf den Pächter übertragen hat (§ 152 Abs. 2 ZVG), den Zugriff auf die diese Einbuße ausgleichende Pachtzinsforderung.²⁶ Bei Anordnung der Zwangsversteigerung hingegen gilt dies nicht (§ 21 Abs. 2 ZVG).

22 BGH, Vollstreckung effektiv 2005, 103 = ZInsO 2005, 371 = Rpfleger 2005, 323 = ZMR 2005, 431 = MDR 2005, 773 = ZfR 2005, 737 = WM 2005, 610; vgl. Goebel/Mock, § 9 Rn 16.

23 BGHZ 130, 314 m.w.N.

24 BGH, ZInsO 2006, 822 = WM 2006, 1634 = ZIP 2006, 1697 = NZM 2006, 677 = Rpfleger 2006, 614 = NJW-RR 2007, 265 = MDR 2007, 363.

25 BGH, NJW-RR 2003, 1308 zu § 557 Abs. 1 BGB a.F.; Stöber, ZVG § 148 Anm. 2.3 g.

26 BGH, ZInsO 2006, 822 = WM 2006, 1634 = ZIP 2006, 1697 = NZM 2006, 677 = Rpfleger 2006, 614 = NJW-RR 2007, 265 = MDR 2007, 363.

H. Nicht übertragbare Forderungen

- 11 Es gibt gesetzliche Pfändungsverbote sowie Abtretungsverbote. Diese sind von Amts wegen zu beachten. Pfändungsverbote wirken sich dabei sehr viel stärker aus als Abtretungsverbote: Normalerweise ist kein Gläubiger gezwungen, seine Forderungen abzutreten (oder sie rechtsgeschäftlich zu verpfänden). Die Abtretbarkeit kann sogar durch private Vereinbarung mit dem Schuldner ausgeschlossen werden (§ 399 S. 2 BGB; vgl. § 851 Abs. 2 ZPO). Demgegenüber entzieht ein Pfändungsverbot unbeteiligten Gläubigern die Möglichkeit des Zugriffs auf die Forderungen zur Haftungsverwirklichung. Ein Pfändungsverbot bezüglich des Einkommens durchbricht den Grundsatz, dass auch und vor allem das Entgelt für eine laufende Erwerbstätigkeit des Schuldners zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zur Verfügung stehen soll (vgl. § 287 Abs. 2 InsO). Dies ist nur aus Gründen des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 GG) gerechtfertigt, um die eigene Lebensgrundlage des Schuldners durch Pfändungsfreibeträge (§§ 850 ff. ZPO) zu sichern. In weitergehendem Umfange ist eine solche Beschränkung des durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Befriedigungsrechts der Gläubiger hingegen allenfalls zulässig, soweit sonstige, überwiegende Gründe das zwingend erfordern. Der Staat, der selbst das Zwangsvollstreckungsmonopol ausübt, darf den davon betroffenen Gläubigern das Einkommen bestimmter Schuldnerkreise nicht generell als Haftungsgrundlage entziehen. Dem entspricht es, dass § 851 Abs. 2 ZPO auch die durch § 399 BGB begründete Unübertragbarkeit nicht ohne Weiteres als Pfändungsverbot ausreichen lässt.²⁷

I. Unpfändbarkeit (§ 851 Abs. 1 ZPO)

- 12 Eine Forderung ist regelmäßig nur pfändbar, wenn sie auch übertragbar ist (§ 851 Abs. 1 ZPO). Die Vorschrift ordnet eine **Unpfändbarkeit** und damit auch die Insolvenzfreiheit²⁸ von Forderungen an, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Norm ist im Zusammenhang mit § 400 BGB zu sehen, wonach eine Forderung nicht abgetreten werden kann, soweit sie der Pfändung nicht unterworfen ist. Die Vorschrift stellt allein darauf ab, ob eine Forderung als solche nicht übertragbar ist.²⁹ Eine Forderung ist dann nicht übertragbar, wenn die Leistung an einen anderen als den ursprünglichen Gläubiger nicht ohne Veränderung ihres Inhalts erfolgen kann. Dies ist der Fall,

27 BGH, NJW 1999, 1544.

28 BGH, NJW, 2001, 1490 = WM 2001, 202 = DB 2001, 138 = MDR 2001, 340 = BGHReport 2001, 170.

29 BGHZ 141, 173; BGH, Vollstreckung effektiv 2009, 44 = NJW-RR 2009, 411 = Rpfleger 2009, 90 = KKZ 2010, 159 = MDR 2009, 106 = BGHReport 2009, 312 = GuT 2010, 460; Gottwald/Mock, § 851 Rn 1.

- wenn die Leistung auf höchstpersönlichen Ansprüchen des Berechtigten beruht, die nur er selbst erheben kann,
- wenn – anders als bei höchstpersönlichen Ansprüchen – ein Gläubigerwechsel zwar rechtlich vorstellbar, das Interesse des Schuldners an der Beibehaltung einer bestimmten Gläubigerperson aber besonders schutzwürdig ist, oder
- wenn ohne Veränderung des Leistungsinhalts die dem Gläubiger gebührende Leistung mit seiner Person derart verknüpft ist, dass die Leistung an einen anderen Gläubiger als eine andere Leistung erscheinen würde.³⁰

In allen diesen drei Fallgruppen ist die Abtretbarkeit ausgeschlossen, weil andernfalls die Identität der abgetretenen Forderung nicht gewahrt bliebe.

Hingegen genügt es nicht ohne weiteres dadurch eine Unpfändbarkeit anzunehmen, wenn eine Forderung ihrem Inhalt und ihrer Zweckbestimmung nach übertragbar ist und lediglich bestimmten Gläubigern die Abtretung verboten oder diese nur unter bestimmten Voraussetzungen gestattet wird. In derartigen Fällen kann erst eine Auslegung des beschränkenden Gesetzes ergeben, ob es sich zwingend auch gg. eine Pfändbarkeit richtet.³¹

Die **Unübertragbarkeit** kann sich aus **Vorschriften des materiellen Rechts** ergeben. Auf dieser Grundlage hat der BGH³² z.B. die Pfändung der dem Milcherzeuger zustehenden Anlieferungs-Referenzmenge nicht nach § 851 Abs. 1 ZPO als ausgeschlossen gesehen, obwohl sie grds. nur innerhalb bestimmter Bereiche und nur an einen Unternehmer übertragbar ist, der entweder selbst oder durch seinen Ehegatten Milch oder Milcherzeugnisse an einen Käufer liefert oder mit der Milchlieferung beginnt (§§ 7 Abs. 5, 8 Abs. 3 MilchAbgV in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.8.2004). Gleiches gilt bei der Betriebsprämie aus der GAP-Agrarreform.³³

30 BGH, ZIP 2012, 34 = WM 2012, 46 = DB 2012, 110 = ZInsO 2012, 77 = MDR 2012, 188 = NJW 2012, 678; BGH, BGHZ 56, 228 = NJW 1971, 1750 = MDR 1971, 743 = WM 1971, 933 = BB 1971, 889; BGH, NJW 1986, 713, 714; BGH, NJW-RR 2010, 1235; Gottwald/Mock, § 851 Rn 2.

31 BGH, BGHZ 141, 173 = ZIP 1999, 621 = WM 1999, 787 = NJW 1999, 1544 = ZInsO 1999, 280 = Rpfleger 1999, 336 = DB 1999, 1258 = MDR 1999, 826 = InVo 1999, 205 = NZI 1999, 191 = KTS 1999, 372 = VersR 2000, 1247; BGH, WM 2013, 572 = ZIP 2013, 586 = ZInsO 2013, 547; BGH, WM 2014, 1141 = ZInsO 2014, 1213 = ZIP 2014, 1235 = ZVI 2014, 275 = MDR 2014, 861 = NZI 2014, 656 = Streit 2014, 72 = Verbraucherinsolvenz aktuell 2014, 60.

32 Vollstreckung effektiv 2007, 92 = MDR 2007, 485 = Rpfleger 2007, 272 = InVo 2007, 246 = NJW-RR 2007, 1219 = WM 2007, 2156 = KKZ 2008, 184 = BGHReport 2007, 318; Gottwald/Mock, § 851 Rn 4.

33 BGH, Vollstreckung effektiv 2009, 44 = Rpfleger 2009, 90 = AUR 2009, 28 = NJW-RR 2009, 411 = KKZ 2010, 159 = MDR 2009, 106 = BGHReport 2009, 312 = GuT 2010, 460.

II. Die Fallgruppen des § 851 Abs. 1 ZPO

1. Unpfändbarkeit kraft Gesetzes

16 Absolut unpfändbare Forderungen **kraft Gesetzes** sind:³⁴

- **Dienstleistungsansprüche** (§ 613 S. 2 BGB); die Übertragbarkeit des Anspruchs auf eine Dienstleistung ist nach § 613 S. 2 BGB zwar nur „im Zweifel“ ausgeschlossen. Der Anspruch kann übertragbar sein, wenn dies vereinbart ist oder es sich aus den Umständen ergibt.³⁵
- **Sozialleistungen** gem. § 54 SGB I, XII.
- **Ansprüche auf Ausführung eines Auftrages** (§ 664 Abs. 1 BGB).
- Ansprüche, die den Gesellschaftern aus dem **Gesellschaftsverhältnis** gegeneinander zustehen (§ 717 S. 1 BGB).
- Ansprüche auf **Erteilung von Kontoauszügen und Rechnungsabschlüssen**.³⁶ Hierbei handelt es sich um einen selbstständigen Anspruch aus dem Girovertrag (§§ 666, 675 BGB). Dieser setzt keinen anderen Anspruch voraus, sondern dient unabhängig hiervon der Information des Auskunftsberechtigten über die Geschäfte, der der Auskunftsverpflichtete in seinem Interesse geführt hat. Dieser Anspruch ist nach höchstgerichtlicher Rechtsprechung nach § 851 Abs. 1 ZPO, § 675, 613 Abs. 2 BGB nicht pfändbar.³⁷
- Ansprüche auf **Arbeitnehmersparzulage** (§ 17 Abs. 1 S. 5 VermBG; vgl. BGBl I 1994, 407).
- der Anspruch auf **Erbaueinandersetzung** (§ 2042 BGB).
- **Akzessorische Gestaltungsrechte**;³⁸ solche Rechte erwirbt der Pfändungspfandgläubiger erst mit der Pfändung und Überweisung des Hauptrechts.³⁹

34 Vgl. auch Gottwald/Mock, § 851 Rn 6.

35 BGH, WM 2013, 572 = ZIP 2013, 586 = ZInsO 2013, 547.

36 Vgl. BGH, MDR 2006, 220 = Vollstreckung effektiv 2006, 115 = NJW 2006, 217 = WM 2005, 2375 = Vollstreckung effektiv 2006, 25 = MDR 2006, 220 = Rpfleger 2006, 140; LG Dresden, JurBüro 2009, 663; LG Frankfurt/Main, MDR 1986, 594; LG Itzehoe, WM 1988, 884 ff; LG Frankfurt/Main, MDR 1986, 594.

37 BGH, MDR 2006, 220.

38 (BGH, NJW 1973, 1793 = MDR 1973, 1012 = WM 1973, 1270).

39 (BGH, NJW 1985, 2640 = WM 1985, 1106 = DB 1985, 2242 = JuS 1985, 991 = BauR 1985, 688 = MDR 1986, 302 = Grundeigentum 1986, 649; BGH, ZIP 1985, 1141 = BGHZ 95, 250 = WM 1985, 1318 = BB 1985, 1938 = NJW 1985, 2822 = DB 1985, 2503 = MDR 1986, 137; LG Wiesbaden, NJW-RR 1996, 59; zur Pfändung des Rückkaufanspruchs vgl. BGH, NJW 2003, 1858 = Vollstreckung effektiv 2007, 88 = Rpfleger 2003, 372 = ZIP 2003, 1217 = InVo 2003, 284 = KTS 2003, 480 = KKZ 2004, 40 = WM 2003, 940).

- Ansprüche eines Arbeitnehmers aus einem **Versicherungsvertrag zur betrieblichen Altersversorgung** gem. § 2 Abs. 2 S. 3, 4 BetrAVG;⁴⁰ nach § 2 Abs. 2 S. 4 BetrAVG darf bei einer der Altersversorgung dienenden Direktversicherung der vor Eintritt des Versorgungsfalls und nach Erfüllung der Voraussetzungen des § 1b Abs. 1 und 5 BetrAVG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedene Arbeitnehmer die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag in Höhe des durch Beitragszahlungen des Arbeitgebers gebildeten geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals oder, soweit die Berechnung des Deckungskapitals nicht zum Geschäftsplan gehört, des nach § 169 Abs. 3 und 4 VVG berechneten Wertes weder abtreten noch beleihen. Durch diese Verfügungsbeschränkungen soll im Rahmen des rechtlich Möglichen erreicht werden, die bestehende Anwartschaft im Interesse des Versorgungszwecks aufrecht zu erhalten, d.h. zu verhindern, dass der Arbeitnehmer die Anwartschaft liquidiert und für andere Zwecke verwendet. Das entspricht der Grundkonzeption der §§ 1b und 2 BetrAVG, die darauf ausgerichtet ist, die Versorgungsanwartschaft beim vorzeitigen Ausscheiden des Arbeitnehmers aufrecht zu erhalten und die Fälligkeit unangetastet zu lassen. Der Versorgungszweck der Anwartschaften soll möglichst lückenlos gesichert werden.⁴¹ Eine Unpfändbarkeit greift hingegen nicht beim Anspruch auf Auszahlung der Versicherungssumme im Versicherungsfall.⁴²
- Ansprüche aus **Lebensversicherungen**, bei denen es sich um eine **Direktversicherung** und eine Gehaltsumwandlungsdirektversicherung nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung handelt.⁴³
- **Beitragsrückerstattungsforderung**.⁴⁴ Die Übertragbarkeit des Anspruches auf Beitragsrückgewähr ist durch Art. 17 S. 2 VersorG ausgeschlossen. Nach Art. 17 S. 1 VersorG können zwar Ansprüche auf laufende Geldleistungen übertragen oder verpfändet werden. Sonstige Leistungsansprüche können jedoch gem. Art. 17 S. 2 VersorG weder abgetreten noch verpfändet werden. Hierzu gehört als einmaliger Geldleistungsanspruch auch der Anspruch auf Beitragsrückgewähr.
- Die **Mitgliedschaft in einem Verein** ist unübertragbar (§ 38 BGB) und damit auch unpfändbar, wenn in der Satzung nichts anderes bestimmt ist (§ 40 BGB). Die mit der Pfändung eines Hauptrechts verbundene Beschlagnahme erstreckt sich allerdings

40 LG Stuttgart, JurBüro 2010, 155; OLG Stuttgart, NJW-RR 2001, 150; LG Bamberg, ZInsO 2006, 47; OLG Köln, InVo 2003, 198; zur Pfändbarkeit von Ansprüchen eines persönlich haftenden Gesellschafters aus einer betrieblichen Lebensversicherung Vgl. LG Wuppertal, WE 2001, 280.

41 BGH, Vollstreckung effektiv 2011, 29 = WM 2010, 2366 = MDR 2011, 67 = NJW-RR 2011, 283 = DGVZ 2012, 26 = BB 2010, 3097.

42 BGH, Vollstreckung effektiv 2009, 11; BGH, Vollstreckung effektiv 2011, 29 = WM 2010, 2366 = MDR 2011, 67 = NJW-RR 2011, 283 = DGVZ 2012, 26 = BB 2010, 3097.

43 LG Konstanz, Rpfleger 2008, 87.

44 VG München, 22.2.2001 – M 22 K 00.4772, n.v.; a.A. LG Düsseldorf, JurBüro 1985, 1901, wonach eine Pfändung erst möglich ist, wenn der Schuldner den Rückzahlungsanspruch geltend machen kann.